

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538, Entgelt bezahlt

Winter 2013
Nr. 182, 42. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Kein Politikwechsel Das Ergebnis der Bundestagswahl und die politische Lage danach



Geht man jedoch von den Wahlberechtigten aus und berücksichtigt man die 30,6 % der Nichtwähler und ungültig Wählenden, so hat nur ca. ein Drittel der Wahlberechtigten den Parteien der bisherigen Regierungskoalition ihr Votum gegeben. Entgegen dem Triumphgeheul der Medien haben sich in Wirklichkeit nur 32 % der Bevölkerung für Merkel und ihre Politik ausgesprochen. Andererseits: Umfragen sollen ergeben haben, dass eine Mehrheit der Bevölkerung Angela Merkel Sympathien entgegenbringt und sie weiterhin als Kanzlerin wünscht.

Die Macht, das Geld und die Tricks

Undemokratische Verhältnisse und Bestimmungen schränken die Korrektheit demokratischer Wahlen auch in Deutschland ein. Einmal ist das die geballte Medienmacht, die die Rechtsparteien bevorzugt und langfristig Einfluss nimmt. Zum anderen besteht eine undemokratische 5 %-Klausel, die vor allem das Aufkommen neuer Parteien verhindern soll. Dazu kommt eine immer mächtiger

Fortsetzung auf Seite 3

Es ist schon seltsam: in den ersten Analysen zum Bundestagswahlergebnis sind sich die linken Gruppen wieder mal nicht ganz so einig. Die „Arbeiterstimme“ hatte schon im September vorausgesagt: „Keine Schicksalswahl“, kein „grundsätzlicher Politikwechsel“. Im Hamburger „Sozialismus“ stand hingegen die Überschrift: „Wahlen mit Sprengkraft“. In der „Jungen Welt“ hieß es: „Alles so schön ruhig“, während die UZ Alarm gab: „Es hätte kaum schlechter kommen können“. Die „Arbeiterpolitik“ sah die Wahl „Im Schatten der europäischen Krisen“. In der „Disput“, der Mitgliederzeitschrift der PdL, hieß die Überschrift bezeichnenderweise: „Jubeln und Nachdenken“.

eine Mehrheit von zehn Mandaten. Nur das weiterhin aufrecht erhaltene Tabugebaren der SPD gegenüber der Partei die Linke verhindert von vornherein eine zahlenmäßig machbare „Linkscoalition“ von rosa-rot-grün. Für die Union ist eine neue schwierige Lage entstanden. Sie muss die Regierungsgewalt eigentlich nun mit einem weiter links stehenden Partner teilen.

Fragwürdige Mehrheiten

Durch einen Zugewinn von 3,5 Millionen Stimmen wurden CDU und CSU mit 41,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen am stärksten.

Rechtskoalition abgewählt

Halten wir uns an die Fakten. Das wichtigste Ereignis wurde von den bürgerlichen Medien bewusst niedrig gehalten: Die Regierung der Rechtskoalition von CDU/CSU und FDP unter Kanzlerin Merkel wurde abgewählt. Im Bundestag verfügen die bisherigen Oppositionsparteien über

Inhalt

Kein Politikwechsel	S. 1
Arbeitende Klasse, Klassenmachtverhältnisse, Klassenmobilisierung	S. 7
Tschechien: geht es weiter bergab?	S. 15
Zwei Weihnachtsbotschaften von 1936	S. 17
Schuldenkrise ist die Steuererhebungskrise	S. 23
Unsere Jahreskonferenz 2013	S. 27
Der Hut flog mir vom Kopfe – Rezension	S. 27
Die „Platons“ lassen grüßen... – Rezension	S. 28

In eigener Sache

Wir hatten in der Gruppe in letzter Zeit immer wieder über Klassenverhältnisse und Klassenfragen diskutiert. Um diesen wichtigen Fragen auf den Grund zu gehen, hatten wir zur diesjährigen Jahreskonferenz unserer Gruppe Ende Oktober Professor Ekkehard Lieberam vom „Marxistischen Forum“ Leipzig als Referenten eingeladen. Seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen hatten vor allem die Klassenverhältnisse und die Möglichkeiten einer Klassenmobilisierung zum Thema. Wie drucken sein überarbeitetes Referat nachstehend ab. Ein weiteres Thema war das Ergebnis der Bundestagswahl und die politische Lage danach. Auch dieses Referat wird in leicht überarbeiteter Form abgedruckt. Die Verhandlungen über eine Große Koalition waren bei Redaktionsschluss noch nicht beendet. Deswegen können wir noch keinen Meinungsbeitrag liefern, werden dies aber in der nächsten Nummer nachholen. Bis dahin liegt auch der Text des Jahreskonferenz-Referates über „Die Türkei – was vom

Juni-Aufstand übrig blieb“ vor. Ein kurzer Bericht befasst sich mit der Jahreskonferenz in Nürnberg.

Von einem Genossen in Prag erhielten wir einen Artikel, der die chaotischen politischen Zustände in der Tschechischen Republik beleuchtet. Die Fortsetzung folgt in der nächsten Nummer, wenn die Regierungsbildung gelaufen ist.

Gerade recht zur Beurteilung der ausgehandelten Koalitionskompromisse in Berlin ging ein Artikel ein, der sich mit der Steuernichterhebung als einer der Ursachen der Staatsschulden befasst.

Wir können auch wieder einen geschichtlichen Beitrag von Jörg Wollenberg anbieten: 1936 – „Die deutsche Volksfront gegen Hitler“, in dem er an Hand der politischen Lebenswege von Genossen aus politischen „Zwischengruppen“, wie KPO/SAP/ISK, den Widerstand im Nazi-Reich beleuchtet. Es geht um Volksfront, Einheitsfront und um die die damalige verheerende Politik der SPD.

Zwei Buchbesprechungen runden das Heft ab.



Wir danken vielmals für die Spenden und Abo-Zahlungen. Wie immer rufen wir zur weiteren Unterstützung auf, ohne die diese Zeitung nicht zu finanzieren ist.

Achtung – keine Angst vor IBAN!

Die Überweisungsscheine mit den alten Zahlen können noch bis Anfang 2016 verwendet werden.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

gere Lobby der Konzerne, die üppige Wahlspenden verteilt, wie kurz nach den Wahlen 690.000 Euro von BMW. Durch die 5 %-Barriere wurden diesmal bei der Bundestagswahl sage und schreibe sieben Millionen Wähler um eine parlamentarische Vertretung betrogen (2 Mio. FDP, 2 Mio. AfD, fast 1 Mio. Piraten, 560.000 NPD usw.)

Kleinbürgerliche Illusionen der Massen

Jenseits einer mehr formalistischen Zahlendurchleuchtung muss in den Vordergrund rücken, dass allgemein eine Wechselstimmung nicht vorhanden war. Das „weiter so“ war offensichtlich bestimmend. Ein gravierender Politikwechsel ist damit ausgeschlossen. Es ist leider so, dass, wenn man alle diesbezüglichen Parteien zusammen nimmt, über 54 % der Wählerinnen und Wähler für Rechtsparteien gestimmt haben. Der neoliberale Grundkonsens aller Parteien (außer der Linkspartei) ließe eine linke Alternative von vornherein nicht zu. Die „Halblinken“, wie man

SPD und Grüne nennen könnte, waren im Wahlkampf in einem erbärmlichen Zustand und ließen sich von den Rechtsparteien die Themen vorschreiben. Wie die Regierungsparteien klammerten sie die wirklichen Lebens- und Zukunftsfragen nahezu aus. Wenn die lohnabhängigen Wählermassen das so hinnahmen, bewiesen sie damit wieder einmal ihre Ignoranz gegenüber den anhaltenden Sozial- und Wirtschaftskrisen, den Kriegen und Umweltkatastrophen. Die meisten halten sich aber selbst davon kaum für betroffen. Sie ziehen die falschen Schlüsse und glauben, mit der bisherigen Politik ihren kleinbürgerlichen Lebensstandard aufrechterhalten zu können. Deshalb – keine Experimente... Ihre Erfahrungen

speisen sich aus den vordergründigen Krisenbewältigungsmaßnahmen der Merkel-Regierung 2008, als diese u.a. mit Unterstützung der Kurzarbeit und mit Konjunkturspritzen für die Auto- und Bauindustrie gegensteuerte.

Die deutsche Arbeiterklasse ist weiterhin auf Sozialpartnerschaftskurs und braucht von der Gewerkschaftsbürokratie nicht extra dazu gedrängt werden. Die Streikfreudigkeit sank nahezu auf Schweizer Niveau.

Nach dem Krieg und der ungeheuren Vernichtung materieller Werte hat es fast ein halbes Jahrhundert lang eine sprunghafte Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus gegeben. Die daraus entstandene soziale Befriedung großer Teile der Arbeiterklasse hat zum Schwinden des

große Rolle. Auch kehrten manche Gewerkschafter in das Lager der SPD-Wähler zurück.

Schein-sozialdemokratische Ausflüge der CDU/CSU

Im Wahlkampf behauptete Merkel, ihre Regierung sei die erfolgreichste seit der „Wiedervereinigung“, mit dem Rekord von über 41 Millionen Menschen in Arbeit. Das zunehmende Prekariat, die Schere zwischen arm und reich, eine niedergehende Infrastruktur und viele andere Missstände mehr wurden bewusst ausgeblendet. Ihr Schlüsselsatz war: „Drei Viertel der Deutschen sind mit ihrer persönlichen wirtschaft-

lichen Lage zufrieden.“ Merkel und Seehofer setzten jahrelang auf Populismus.

Forderungen der Opposition wurden entweder übernommen oder verbal als eigene Ideen verkauft, vieles verwässert, wie die Mindestlohnforderung. Aus der Losung einer Reichensteuer und der Wiedereinführung der Vermögensteuer durch Linke, Grüne und SPD



Klassenbewusstseins beigetragen. Nun sind wir an einem Punkt, wo immer mehr Arbeiter und Angestellte nicht mal mehr die gegensätzliche Interessenlage von Lohnarbeitern und Kapitalisten zu erkennen vermögen. Da überrascht es dann nicht mehr, dass bei der Bundestagswahl CDU und CSU mit 36 % den größten Anteil an Arbeiterwählern vermelden konnten. Bei den Angestellten waren es mit 40 % noch mehr. Bei der traditionellen „Arbeiterpartei“ SPD betrug der Anteil jeweils nur 26%! Bei Der Linken ging dieser Anteil gegenüber 2009 sogar zurück: bei den Arbeitern von 18 % auf nun 12 % und bei den Angestellten von 12 % auf 7 %. Vermutlich spielte die Ausländerfeindlichkeit in diesen Schichten dabei eine

konstruierten Union und FDP umgehend mit Hilfe der Medien das Gespenst einer allgemeinen Steuererhöhung, was für ziemlichen Wirbel sorgte. Die Oppositionsparteien brachten es nicht mehr fertig, dieses falsche Bild in der Öffentlichkeit zu korrigieren. Von der Union erhofften sich manche zukünftig einen härteren Kurs gegenüber Flüchtlingen, Euro-Hilfen und EU-Bindungen. Davon nicht überzeugt waren jene 290.000 ihrer bisherigen Wähler, die zur AfD überliefen. Von dem FDP-Absturz profitierte die Union andererseits durch 2,1 Millionen Überläufer.

Der riesige Geheimdienst-Abhörskandal der USA hatte kaum Einfluss auf das Wahlergebnis.

Die Quittung für den krassen Marktradikalismus der FDP

Die FDP war der große Verlierer des Tages. Sie flog nicht nur aus der Regierung, sondern auch aus dem Bundestag. Sie verlor fast 4 Millionen Stimmen und fiel mit nur 4,8 % unter die 5 %-Klausel. Die FDP hatte sich in den letzten Jahren als Lobbyistenpartei selbst entlarvt. Hauptthema war für sie eine Steuer-senkungspolitik für die Reichen, ein Versprechen, das sie nicht wie von ihrer Klientel gewünscht einlösen konnte. Vom traditionellen liberalen Freiheitsstreben, wie in der NSA-Affäre, hörte man nichts. Um so mehr trat die Partei als soziale Bremse auf. Der Geschäftsführer des deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gab sich erfreut: „Der Marktradikalismus ist abgewählt“. Das dürfte denn doch voreilig sein.

Der Ruf der FDP nach Leihstimmen aus der Union blieb ungehört. Die Bourgeoisie bevorzugte die Union, der es noch gelingt, die Klassenverhältnisse zu verschleiern. 2,1 Millionen ehemalige FDP-Wähler machten ihr Kreuz bei den Schwarzen, 530.000 gingen zur SPD. Und dann hatte auch noch eine Konkurrenz den Laden aufgemacht: 430.000 wanderten zur AfD ab. Es kann sein, dass die FDP sich unter neuer Leitung und mit Hilfe der Medien nicht vergeblich um eine Wiederauferstehung bemüht.

Anfänge einer rechtspopulistischen Sammlung?

Die AfD, die sogenannte „Alternative für Deutschland“, hätte beinahe den Einzug ins Parlament geschafft. Sie erhielt 4,7 %, das waren über zwei Millionen Stimmen. Und das als neue Partei, die inzwischen 17.000 Mitglieder hat. EU-Bedenken und Euro-Kritik standen bei ihr im Vordergrund. Ob sie noch weiter in den Rechtspopulismus abdriftet, wird die Zukunft zeigen. Sie erhielt Zuwachs aus dem Reservoir aller Parteien. Wie weit das Absinken der NPD auf 1,3 % (560.000) und auch der REP damit zusammenhängen, war nicht zu erfahren.

Enttäuschung und Rückzug bei den Grünen

Die Grünen waren enttäuscht über das Ergebnis von 8,4 % und 3,7 Millionen Stimmen. Sie hatten vor allem wieder an die SPD und die CDU Wähler verloren. 2009 hatten sie



Auch das war die FDP! Wahlplakat 1949



Könnte auch von der FDP sein

10,7 % eingefahren. Ihre Erfolge, vor allem in Baden-Württemberg, hatten sie verleitet, an anhaltende Höhenflüge zu glauben. Doch ein Hauptziel, der Atomausstieg, ist nach der Fukushima-Katastrophe Geschichte, das Stuttgart 21-Projekt versandet. Partnerschaft mit der SPD und Linken hin und her, da wurde versucht, vom Thema soziale Gerechtigkeit auch einen Happen abzuzwacken. Die einstige Kriegsgegnerschaft haben die Grünen schon unter dem Zepter

von Fischer aufgegeben, als sie seinen Propagandalügen auf den Leim gingen. Mit Steuererhöhungsplänen fiel man bei der eigenen Klientel tüchtig auf die Nase. Nun hatten die Realos Oberwasser, die Halblinken Trittin und Roth mussten abtreten. Die Ökologie soll wieder in den Vordergrund treten, hieß es richtigerweise. Doch dann kam die Abbitte an die herrschende Klasse. Verklausuliert lautete das dann so: Es müssten „mehr Brücken zur Wirtschaft gebaut werden“. Hoffentlich nicht zu den Energieriesen. Wie hieß es kürzlich in Brüssel? „Der Ausbau der nuklearen Energieerzeugung soll zum Ziel der EU erklärt werden.“ Da liegen die Aufgaben. Stattdessen wird erklärt, die Grünen müssten weiter nach rechts rücken!

Die Linke: Erfolg trotz großer Verluste

Die Partei Die Linke musste im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 schwere Verluste hinnehmen. Und doch ging nun nach dem Zwist und dem Riss in der Partei in den letzten Jahren mit den erreichten 8,6 % (8,7 % 2005) und den 3.690.000 Stimmen ein Aufatmen durch die Partei. Sie ist jetzt im neuen Bundestag mit 64 Abgeordneten vertreten, mit 36 Frauen und 28 Männern, je 32 aus Ost- und Westdeutschland. Im alten Bundestag waren es noch zwölf mehr, bei einem 11,9 %-Ergebnis 2009. Ein gewaltiger Aderlass von 1,4 Millionen Wählern verteilte sich ungleich auf Ost- und Westdeutschland. Im Osten stürzte sie von 28,5 auf 21 % ab, im Westen erhielt sie 5,2 statt 8,3 %. Man kann wohl davon ausgehen, dass 23 Jahre nach dem Anschluss der DDR das Nostalgie- und Weltanschauungspotential stark zurückgeht, wie auch die sozialen Proteste gegen Hartz IV usw. Auch die Regionalinteressen gehen mit der Zeit zurück. Dazu kommt, dass in beiden Landesteilen die Protestbewegungen mit der AfD und mit den Piraten neue Anziehungspunkte erhalten haben. Wenn die PdL 340.000 Wähler an die AfD verliert, muss man sich schon fragen, wie weit bei diesen Wechselwählern wirkliches Linkssein und Klassenbewusstsein überhaupt je vorhanden waren, auch bei jenen 120.000, die nun statt links CDU gewählt haben. Auch ist es der SPD ge-

lungen, durch ihre angebliche Linkswende 370.000 Linkswähler wieder zurückzugewinnen.

Die Linke hatte im Wahlkampf stark auf „100 % sozial“ gesetzt. Ihre alten Forderungen wie 10 Euro Mindestlohn, Reichensteuer, Mindestrente, Strompreisstop, Mietpreisbremse usw. wurden der PdL teils von SPD und Grünen gestohlen. Grundsätzliche gesellschaftskritische Positionen wurden kaum eingebracht. Darüber gibt es auch weiterhin Streit in der Partei. Die Vorsitzende Kipping verkündet gar, die PdL wolle den „Kapitalismus nicht beseitigen“ und Liebig, der in Pankow das Direktmandat eroberte, tritt dafür ein, in der Frage von Militärinterventionen Unterschiede zu machen. Der Streit in der Partei hält weiter an, doch fühlt man sich dem Wähler gegenüber gezwungen, ihn gemäßigter zu führen. Die PdL bleibt eine Union unterschiedlicher linker Kräfte, bei der der sozialistische Flügel in der Minderheit ist. Das kann auch beim Zustand der Klasse, auf die sie sich beruft, nicht viel anders sein. Fraktionsführer Gysi und andere haben im Bundestag die Kriegs- und Rüstungspolitik, die Privatisierungen und die Bereicherungspolitik angeprangert und draußen im Lande ihren Protest propagandistisch verbreitet. Das ist nicht wenig, bei den heutigen ungünstigen Bedingungen. Die PdL kann kein Klassenkampforgan sein, kann aber Vorbedingungen fördern, sich für demokratische Freiheiten einsetzen.

Die MLPD hatte kandidiert und ist mit 0,1 %, 25.000 Stimmen, gescheitert, wie auch die DKP in drei Wahlkreisen mit 0,1 – 0,3 %.

Die Träumerei von einer Linksregierung

Die von der PdL angestrebte Linkskoalition von rot-rot-grün kam trotz einer Mehrheit nicht zustande. Nicht nur, weil die Mehrheit angesichts politischer Uneinigkeit zu knapp war und auch nicht nur, weil die SPD immer noch die Hoffnung hat, sie könne Die Linke marginalisieren. Die PdL-Führung geht von der Illusion aus, sie hätte mit der SPD und den Grünen zwei ausgesprochen linke Parteien mit linken Wählern vor

sich. Das trifft jedoch nicht zu, denn beide Parteien werden von mehreren Flügeln getragen, mit entsprechendem Anhang. Nach Umfragen waren nur 22 % der Bevölkerung für das Zustandekommen einer Linkskoalition eingetreten. Ein Politikwechsel wäre eine Kampfansage an die Bourgeoisie



Wahlplakat der SPD, 1949

von großer Härte. Nicht nur die rechten Flügel von SPD und Grünen würden das nicht mittragen, die Schärfe der Auseinandersetzung würde diese Parteien zerreißen, die sich Kanzler Schröders Maxime längst zueigen gemacht haben: „Ich kann nicht gegen die Wirtschaft und die Bildzeitung regieren.“

Denkbar ist auch noch eine ganz andere Entwicklung zu einer sogenannten „Linksregierung“: wenn die PdL ihre linken Kernpositionen aufgibt, sich anpasst und anbietet.

Doch dann macht sie sich selbst überflüssig.

Die SPD – Nur Beifahrer der Union?

Das Wahlergebnis der SPD lag mit elf Millionen Wählern im erwarteten Rahmen. Gegenüber 2009, als sie als Quittung für die Schröder-Politik gewaltig von 34,2 auf 23 % abstürzte, hat sie nun auf Grund des schlechten Gedächtnisses ihrer Wähler wieder um 12 % aufgeholt. 25,7 % bedeutet, dass die SPD 1,3 Millionen Wähler zurückgewinnen konnte, allein 370.000 von Der Linken. Ihre verlogene Wahlpropaganda von der Partei der „sozialen Gerechtigkeit“ hat teilweise doch gefruchtet, ihre Verantwortlichkeit für den sozialen Raubbau der Regierungszeit von „rot“-grün wurde nicht mehr hinterfragt. Indem die SPD soziale Forderungen aus dem Wahlprogramm Der Linken teilweise übernahm, versuchte sie, auf diesem Gebiet die Unterschiede zu verwischen. Von der Losung „höhere Steuern für Wohlhabende“ waren die Sozialdemokraten schon vor Ende des Wahlkampfes abgerückt. Vielleicht hätte die SPD mit einem anderen Kanzlerkandidaten mehr Zuspruch erhalten? Steinbrück als „Streiter für soziale Gerechtigkeit“ zu präsentieren, war schon eine starke Zumutung. Gehörte er doch zu den Hauptverantwortlichen der Agenda 2010 und galt er doch geradezu als Symbol für kapitalismusfreundliche Politik. Die meisten Gewerkschaftsführungen, an ihrer Spitze DGB-Vorsitzender Sommer, unterstützten mit großem Aufwand durch ihre Presse die SPD, als sei nichts gewesen.

Zu den politisch auch für Deutschland brennendsten Fragen hat auch die SPD im Wahlkampf wenig beigetragen. Wer das kapitalistische System mit allen Fasern vertritt, wie die SPD, muss auch in der Krisenbekämpfung an der Oberfläche bleiben. Eurokrise, EU-Krise, Bankenkrise, Verschuldungskrise usw., da geht es nicht mehr nur um Fehler im System – der Kapitalismus selbst ist der Fehler!

Deshalb kann auch die SPD keine wirkliche Alternative aufzeigen. Da mutet es direkt komisch an, wenn der SPD-Vorsitzende Gabriel ver-

kündet: „Die Bändigung des Kapitalismus“ sei mehr denn je die Aufgabe seiner Partei. Er hoffe, „dass wir nicht mal mehr zehn Jahre brauchen ... für die Bändigung des Finanzkapitalismus.“ Hoffentlich hört Merkel auf ihren künftigen Juniorpartner. Und, die künftigen SPD-Minister werden dann wohl nicht mehr die politische Polizei, genannt Verfassungsschutz, auf die Gegner des kapitalistischen Systems hetzen, oder?

Die laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen der Union und der SPD lassen nichts Gutes erahnen. Es wird immer offensichtlicher, dass sich die SPD über den Tisch ziehen lässt, wenn es um den Zugang zu den Fleischtöpfen geht. Außerdem will man ja auch die Wirtschaft nicht verärgern.

58 % haben sich für eine Große Koalition ausgesprochen, verkünden die Umfragen. Wichtiger ist, dass dies auch im Interesse der deutschen Bourgeoisie liegen dürfte. Vor allem angesichts der sozialen Opfer, die infolge der Krisenzuspitzungen in den nächsten Jahren dem Volk verordnet zu werden drohen.

Unruhen, Proteste und Streiks sind schlecht für die Geschäfte. Ein politisch angeschlagener Juniorpartner SPD, und in ihrem Bannkreis die Gewerkschaften, kann da zum Stillhalten manches beitragen. Je schwächer die Opposition, umso besser. Die Mehrheit der Geschäftsführer der „Arbeitgeberverbände“ begrüßen nach WSI-Erhebungen die Aussage: „Die deutsche Sozialpartnerschaft ist ein Vorteil im internationalen Wettbewerb“,

berichtete das Gewerkschaftsorgan „Einblick“. Durchschnittlich 66 % von ihnen stünden dahinter, 2012 waren es erst 59 %. Im Bereich der IG Metall sind es heute 75 %.

Die SPD ist in einer geschwächten Situation, da sie einer wesentlich stärkeren Union an die Seite treten muss. Da ist vorauszusehen, dass sie mit ihrer Beteiligung und mit der Durchsetzung ihrer Mindestforderungen schlecht wegkommt. Schon das Theater um einen Mindestlohn, für den verbal eigentlich nun alle Bundestagsparteien sind, zeigt, dass CDU/CSU am längeren Hebel sitzen. Ist das Spiel mit den Grünen auch für diesmal zu Ende, kann Merkel immer noch mit Neuwahlen drohen, gäbe die SPD nicht klein bei. In diesem Fall müsste die SPD mit Verlusten rechnen. Die FDP könnte wieder in den Bundestag einziehen, was eine Neuauflage von schwarz-gelb zur Folge hätte. Eine solche Koalition hätte zwar Schwierigkeiten mit dem Bundesrat, doch diese Konstellation gab es bisher auch. Auf dem SPD-Konvent Mitte Oktober gab es große Bauchschmerzen. Zu mager erschien den Delegierten die Morgengabe der Schwarzen. Letztlich stimmten aber nur 14 % gegen weitere Koalitionsgespräche. Am Ende müssen die Mitglieder darüber abstimmen. Eine Ablehnung ist aber unwahrscheinlich, würde sie doch die ganze Führung bloßstellen. Doch die Bedingungen, welche die Delegierten stellten, werden von den konservativen Unionsvertretern kaum annähernd erfüllt werden. Darunter sind für diese so harte Brocken wie „keinerlei Kürzungen

von Sozialleistungen“. Die „Nürnberger Nachrichten“ berichteten darüber: „Zu den wirklichen Knackpunkten zählen neben dem gesetzlichen Mindestlohn nur die doppelte Staatsangehörigkeit für Migrantenkinder, eine Finanztransaktionssteuer, mehr Geld für die Pflege und irgendeine Form der Frauenquote.“

Zu einem Politikwechsel hätten gesellschaftspolitische Umverteilungen von oben nach unten gehört, wie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Reichensteuer, eine neue Bewertung bei der Erbschaftsteuer, eine tatsächliche Steuererfassung, usw. Ein neues Renten-, Pflege-, und Gesundheitssystem ist schon längst fällig. Dazu fähig zu sein und das auch wirklich zu wollen, hätte von der SPD erfordert, zusammen mit allen Linken und militanten Gewerkschaften den offenen Kampf darum bis ins letzte Dorf zu tragen – wer kann sich das noch vorstellen?

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat im Allgemeinen für die Arbeitsbedingungen sozialistischer Kräfte in der Bundesrepublik keine wesentlichen Änderungen gebracht. Unsere Situation bleibt weiterhin schwierig. Wie es weitergeht in Deutschland und ob die sich abzeichnende Große Koalition Bestand haben wird, hängt davon ab, ob die kapitalistischen Krisen auch hier das Bestehende aufbrechen. Allein wenn die Widersprüche des kapitalistischen Systems soziale Bewegungen erzeugen, gibt es auch für uns neue Ansatzpunkte. Wenn wir sie dann nutzen, kann die anhaltende politische Lähmung überwunden werden.

20.10.2013



Arbeitende Klasse, Klassenmachtverhältnisse, Klassenmobilisierung

Die Klassenbetrachtung der Gesellschaft hat seit etwa Mitte der neunziger Jahre an Einfluss gewonnen. Das Gerede aus den sechziger und siebziger Jahren von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft ist noch gegenwärtig („Klassengesellschaft als Phantom“ titelte Die Welt vom 21. Februar 2013), aber in der Defensive. In der öffentlichen Debatte, in der Politik, auch unter Soziolo-

gen, wird wieder von Klassen und Klassengesellschaft gesprochen, wobei nicht übersehen werden darf: Der Inhalt dieser Begriffe ist nach wie vor sehr umstritten. Der herrschaftskritische Aspekt einer klassenorientierten Sicht auf die Gesellschaft ist sehr unterschiedlich und oft schwach ausgeprägt. Es gibt keine Einigkeit über das „Wie“ einer Klassenanalyse.



Die Internationale, Otto Griebel

Im Erfurter Programm der Linken von 2011 wird in Abschnitt V. darauf verwiesen, dass wir mit Sozialabbau und Entdemokratisierung Konflikte erleben, „die ein neues Klassenbewusstsein entstehen lassen können.“ Klargestellt wird, dass für die Entstehung und Durchsetzung von Klassenmacht „... gewerkschaftliche und politische Organisationen erforderlich (sind), in denen gemeinsame Interessen formuliert und Kämpfe zu ihrer Durchsetzung geführt werden.“ Die Occupy-Bewegung hat die Losung „Wir sind die 99 Prozent“. Sie lässt keinen Zweifel daran: Unsere Interessen müssen gegen das eine Prozent der Superreichen, die über 50 Prozent des Vermögens verfügen und die Macht besitzen, durchgesetzt werden. Das Letztere ist sicherlich noch keine politisch tragfähige Definition der Strukturen unserer heutigen Klassengesellschaft. Aber diese radikale Formulierung der Klassenfrage in diesen Losungen lässt den Marxisten erfreut aufhorchen, weil die Klassenfrage als Kampfparole gegen die Herrschaft des Kapitals gestellt wird.

Klassentheoretische Debatte und soziale Polarisierung

Die erneute Popularität des Klassenbegriffs in der öffentlichen Debatte und im politischen Alltagsdenken hat offensichtlich gesellschaftliche Ursachen, speist sich vor allem aus der unübersehbaren sozialen Polarisierung, wie sie sich in der historisch ganz kurzen Zeit von kaum 20 Jahren vollzogen hat und weiter vollzieht. Die anwachsende soziale Spaltung, eine offenkundige Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit hat auch eine ganze Reihe von Marxisten in Deutschland veranlasst, sich seit den neunziger Jahren wieder mit den Themen „Klassen, Klassenanalyse und Klassenkämpfe“ zu beschäftigen. Vorher war mehr als zehn Jahre Flaute in der klassentheoretischen Debatte.

In Westdeutschland waren in den siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre eine ganze Reihe ausgezeichnete Arbeiten zum Klassenthema aus marxistischer Sicht erschienen. Es gab zum einen ein

Projekt des Instituts für Marxistische Studien Frankfurt a. M. (IMSF) mit Joseph Schleifstein, Heinz Jung, André Leisewitz und Frank Deppe). Zum anderen gab es das Berliner Projekt Klassenanalyse mit Joachim Bischoff und Sebastian Herkommer. Danach kam wenig.

Eben seit den neunziger Jahren änderte sich das, was folgende Beispiele deutlich machen:

Vertreter beider Projekte der siebziger Jahre (Heinz Jung, Joachim Bischoff, Sebastian Herkommer und Frank Deppe) publizierten wieder zum Thema Klassenanalyse und Klassentheorie.

Karl-Heinz Roth veröffentlichte 1994 die Dokumentation der von ihm ausgelösten Debatte zum Thema „Die Wiederkehr der Proletarität“, eine scharfsinnige Analyse mit einer sich alsbald bestätigenden richtigen Prognose der sozialen Entwicklung.

Im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus (HKWM), herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug und Peter Jehle, wurden ausgezeichnete Beiträge zu

den entsprechenden Stichworten veröffentlicht. Im Jahre 2007 erschien im Band 7/1 eine ausführliche Abhandlung zu unserem heutigen Thema von Michael Vester unter dem Stichwort „Klasse an sich/Klasse für sich“.

In der Leibniz-Sozietät diskutierten ehemalige Soziologen und Geschichtswissenschaftler der DDR (Gustav-Wilhelm Bathke, Wolfgang Küttler, Helmut Steiner) mit westdeutschen Linken wie Michael Vester in einer Veranstaltungsreihe der Jahre 2006/2007 das Thema „Gesellschaftsklassen heute“. Ich habe an dieser Veranstaltungsreihe teilgenommen.

Nicht zuletzt ist erwähnenswert: Wissenschaftler der Marx Engels Stiftung Wuppertal e. V. (MES), zu denen Werner Seppmann, Robert Steigerwald, Jörg Miehe, Herbert Münchow und auch ich gehörten, begannen im Februar 2003 an dem Projekt *Klassenanalyse@BRD* zu arbeiten. Im Rahmen dieses Projekts erschienen mehrere Dutzend Artikel und sieben Bücher. Das letzte Buch, Band 5 der Reihe *Klassenanalyse@BRD*, war die abschließende Publikation dieses Projekts. Es erschien unter dem Titel „Arbeitende Klasse in Deutschland.

Anzeige

Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle.
Berlin 1932
Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung, 5,- €.

Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter“ im Pahl-Rugenstein-Verlag (Bonn 2011). In diesem Buch haben sechs Autoren des MES-Projekts ihre Positionen dargelegt. Wegen unüberwindlicher Meinungsverschiedenheiten hatte Werner Seppmann sich aus dem Autorenkreis des Bandes 5 zurückgezogen und ein eigenes Buch veröffentlicht: „Die verleugnete Klasse“ im Kulturmaschinenverlag. Es ging um Meinungsverschiedenheiten zur Realitätsnähe unserer Klassenanalyse, aber nicht zuletzt auch um Differenzen zum heutigen Thema: hinsichtlich der Klassenstruktur und des Begriffs der Arbeiterklasse bzw. des Subjekts zukünftiger revolutionärer Gesellschaftsveränderung.

Die wohl wichtigste Besonderheit des MES-Projektes (und der aus ihm hervorgegangenen Publikationen) im Unterschied zu den Projekten der siebziger Jahre war das Verständnis von Klassentheorie und Klassenanalyse als Einheit von Strukturtheorie/Strukturanalyse und Handlungstheorie/Handlungsanalyse. Helmut Steiner, er promovierte 1966 zum Thema „Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland“ bei Jürgen Kuczynski, meinte einmal: „Wer diese Dialektik bewältigt, hat den alternativen Nobelpreis verdient.“ Schon daran, dass auch wir vom Projekt *Klassenanalyse@BRD* diesen Preis nicht erhalten haben, erkennt Ihr, dass diese Dialektik sehr schwer zu fassen ist.

Die Autoren des Bandes 5 der Reihe *Klassenanalyse@BRD* gehen mit Karl Marx und Friedrich Engels insbesondere davon aus:

Klassentheorie ist Theorie der entscheidenden geschichtlichen Triebkräfte. Ihr Kern ist Revolutionstheorie (so bereits von französischen Historikern wie Augustin Thierry und Francois Guizot erkannt). „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, heißt es im *Kommunistischen Manifest*. (MEW, Band 4, S. 462) Klassen und Klassenstrukturen sind an historische Phasen der gesellschaftlichen Produktion, an bestimmte Gesellschaftsformationen gebunden. Im Kapitalismus entsteht mit der zunächst ökonomisch und dann auch politisch herrschenden Klasse der Bourgeoisie die Arbeiterklasse, eine gesellschaftliche Kraft, deren Interessen danach drängen, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen und

eine neue Gesellschaft ohne Klassenherrschaft und Klassen zu schaffen. Für eine solche neue Gesellschaft werden im Kapitalismus die materiellen Existenzbedingungen „ausgebrütet“. (MEW, Band 13, S. 9).

Klassentheorie ist Gesellschaftstheorie und Politiktheorie. Die Klassenstruktur der Gesellschaft folgt, wie bereits Adam Smith schrieb, deren ökonomischer Struktur; nach Karl Marx: dem „unmittelbare(n) Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten“ (MEW, Band 25 S. 799) im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess. Sie ist also keine direkte Frage des Geldbeutels. Die ökonomische Struktur und die Klassenstruktur bestimmen das gegebene „Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis“. Dieses Verhältnis ist „das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form“. (ebenda)

Klassentheorie ist Entwicklungstheorie. Dies gilt für die kapitalistische Produktionsweise weitaus mehr als für vorangegangene gesellschaftliche Formationen. „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.“ (MEW, Band 4, S. 465) Die in Klassen gesplante bürgerliche Gesellschaft ist „kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und ständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus“. (MEW, Band 23, S. 16)

Klassentheorie nach Marx und Engels schließt bestimmte Leitgedanken über die Wege und Stufen politischer Klassenbildung ein. Die Arbeiterklasse ist zunächst, wie Karl Marx im *Elend der Philosophie* entwickelt, eine objektive Struktur, Klasse an sich. „Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst.“ (MEW, Band 4, S. 180 f.) Im Kampf findet sie zur „Koalition“ (Gewerkschaften, politische Organisation), „vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht.“ Diese Skizzierung der Wege zur politischen Klassenbildung hat sich als richtig erwiesen.

In der heutigen Debatte unter Linken wird oft gesagt „Es gibt keine Ar-

beiterklasse mehr. Sie ist verbürgerlicht und nicht mehr aktionsfähig.“ Da ist was dran. Aber, hier mangelt es an begrifflicher Klarheit. Zu unterscheiden ist eben zwischen der Klasse als objektiv gegebene, sich immer wieder erneuernde und verändernde ökonomische Struktur, als gesellschaftliches Verhältnis bzw. gesellschaftliche soziale Gruppe einerseits und der Klasse als in ihrem Interesse gemeinsam handelnder kollektiver politischer Akteur andererseits. Die Meinung, die Arbeiterklasse verschwinde, existiere nicht mehr oder befinde sich „im Zustand der Auflösung“ bezieht sich in der Regel auf den politischen Zustand der Arbeiterklasse, der von einer „Klasse für sich selbst“ zweifelsohne weit entfernt ist.

Die heutigen Probleme der politischen Klassenbildung wie auch die Merkmale der strukturellen Veränderungen der Arbeiterklasse werden deutlicher, wenn man sie aus historischer Sicht analysiert und bewertet. Nach etwa 165 Jahren Klassenkämpfen und strukturellen Veränderungen ist Manches klarer geworden. Theorien sind eben reichhaltiger als Begriffe; die geschichtliche gesellschaftliche Praxis wiederum ist vielgestaltiger als die Theorie.

Erfahrungen mit der politischen Klassenbildung

Wir alle kennen die Prognose von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Kommunistischen Manifest: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen, Bourgeoisie und Proletariat.“ (MEW, Band 4, S. 463) Die „mehr und mehr“ sich bildenden zwei großen feindlichen Lager waren eher die Ausnahme. Die tatsächliche geschichtliche Entwicklung verlief etwas anders als dies die Erfahrungen mit der geradezu elementaren politischen Klassenbildung in England der

dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts zunächst nahe legten.

Eine bloße Stufenfolge von Eigentumslosigkeit, Verelendung, Empörung, Gegenmachtbildung und politischer Machteroberung gab es nicht. (Vgl. Michael Vester, *Klasse an sich/für sich*, HKWM, Band 7/1, S. 747) Aber es gab durchaus Zusammenhänge zwischen sozialer und politischer Polari-



Revolution in München. Waffenausgabe an die Arbeiter-Wehr am Marsfeld.

„Klasse für sich“ in Aktion, Rotarmisten, vermutlich April 1919

sierung auf der einen Seite und politischem Widerstand und politischer Klassenbildung auf der anderen Seite. Es kam in den einzelnen Staaten (auch international) zu einem Auf und Ab der politischen Klassenbildung. Fortschritte und Rückschritte, große Siege und schwerwiegende Niederlagen folgten einander. Der Klassengegensatz drängte nicht nur zum Klassenkampf. Er verschärfte auch die Konkurrenz der Lohnarbeiter gegeneinander, beförderte individuelle Auswegsuche und politische Apathie.

Die herrschende Klasse selbst nahm systematisch und organisierend Einfluss auf das Denken und Handeln der Arbeiterklasse. Sie bediente sich neben traditioneller Methoden der „harten Hand“ zunehmend subtiler sozialpolitischer und ideologischer Mittel und Methoden zur Regulierung der Klassenbeziehungen und zur Absicherung von Besitz und Macht. Sie tat dies gestützt auf ihre außerordentliche „geistige Macht“, mit deren Hilfe sie es zu gewährleisten verstand, dass in aller Regel ihre Gedanken die herrschenden Gedanken waren. Mit dem Staat hatte sie alsbald selbst eine politische Form zur Verfügung, mittels derer sie

ihre gemeinsamen Interessen direkt politisch geltend machen konnte. Sie setzte den Staat im Klassenkampf von oben ein, um den ohnehin schwierigen Prozess der politischen Konstituierung der Arbeiterklasse zu erschweren oder mittels Terror rückgängig zu machen (so mit der faschistischen Diktatur). Sie organisierte selbst die Massen unter den Losungen des

Liberalismus, des Nationalismus und Rassismus und verstand es alsbald erfolgreich, selbst kapitalismuskritische und sozialreformistische Bewegungen und Parteien politisch zu integrieren und als Stützen ihrer Herrschaft zu nutzen. Die deutsche Geschichte ist für all das ein eindrucksvolles Beispiel.

Die Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich entwickelte sich zur stärksten Partei der Arbeiterklasse im internationalen Vergleich. Mit ihrem Erstarken und dem Aufkommen der Gewerkschaften aber bildete sich eine Sozialschicht von bezahlten Funktionsträgern, die eigene Interessen entwickelten, die von denen der Arbeiterklasse verschieden waren. Es kam mit der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion zum Verrat vom 4. August 1914. Die Kämpfe in und nach der Novemberrevolution von 1918 führten bis dicht an die Eroberung der politischen Macht heran. Bemerkenswert waren die ersten erfolgreichen Versuche der Bourgeoisie (so mit dem Zentrum), ihrerseits die Massen politisch zu organisieren.

Die Arbeiterklasse in der Weimarer Republik war zunächst, wie die Klassenauseinandersetzungen um den Kapp-Putsch 1920 und um die Sozialgesetzgebung 1923 zeigten, in vieler Hinsicht und in großen Teilen „Klasse für sich selbst“ mit einem außerordentlich hohem Niveau an Klassenbewusstsein und Klassenhandeln. Sie war über ihre Massenparteien KPD und SPD und weitere Organisationen politisch hoch organisiert, aber gespalten. Sie war kämpferisch, aber

infolge taktischer und strategischer Differenzen sowie sektiererischer und opportunistischer Fehler nicht in der Lage, einen erfolgreichen Kampf um Reformen und um die Macht zu führen. Die mit der Krise des Kapitalismus Ende der zwanziger Jahre einhergehende Verelendung politisierte die Massen, aber eben nicht nur im Sinne einer politischen Klassenbildung, sondern auch im Sinne einer mit dem aufkommenden Nazifaschismus entstehenden organisierten reaktionären Massenbasis der herrschenden Klasse auf der Grundlage von Chauvinismus, Militarismus, Rassismus und sozialer Demagogie. Die Klassenkämpfe der Weimarer Republik endeten so, bedingt durch die Spaltung der Arbeiterklasse und die gegebenen Klassenmachtverhältnisse, mit der Errichtung einer faschistischen Terrorherrschaft, der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, der revolutionären wie der reformistischen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zwei sehr unterschiedliche Entwicklungslinien in Deutschland. Im Osten konnte die in einer politischen Partei vereinigte Arbeiterklasse (SED 1946: 1,8 Millionen Mitglieder), gestützt auf die sowjetische Besatzungsmacht, die politische Macht ausüben. Für 40 Jahre wurde unter

sehr schwierigen objektiven und subjektiven Bedingungen im Rahmen der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ eine neue Gesellschaft gestaltet. Dabei gab es bis in die siebziger Jahre hinein eine Aufstiegsphase und danach eine Stagnations- und Abstiegsphase. Sozialismus, so wurde deutlich, ist möglich. Aber in seiner gegebenen stark bürokratisch administrativen Form und angesichts der ökonomischen Stärke des Kapitalismus war er nicht wettbewerbsfähig. Bedeutsam sind besonders die wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Erfahrungen aus dieser Zeit für zukünftige Sozialismusversuche. Im Westen verfolgte die herrschende Klasse auf der Grundlage eines zunächst prosperierenden Kapitalismus (Reallohnerhöhungen für die Lohnarbeiter von 1950 bis 1973 um etwa 300 Prozent) erfolgreich eine Politik des sozialstaatlichen Klassenkompromisses, die mit Antikommunismus und sozialpartnerschaftlichen Verheißungen, mit „Gegenmaßnahmen“ und „Anpassungsmaßnahmen“, „dem Klassenkonflikt seine ‚revolutionäre Schärfe‘ nehmen soll(t)en“. (Frank Deppe, *Es ist eine Geschichte von Klassenkämpfen, Vortrag am 11. Januar 2010, S. 4*).

Die politische Klassenbildung war seit Anfang der fünfziger Jahre unverkennbar rückläufig, bis hin zu Erscheinungen einer „Ohnmacht der Arbeiterklasse“, von der Wolfgang Abendroth schon in den siebziger Jahren sprach. Im Zuge des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik 1990/1991 sorgten die Herrschenden der Bundesrepublik dafür, dass die Arbeiterklasse der DDR strukturell regelrecht entsorgt wurde (fast alle 145 Großbetriebe verschwanden). Die zunächst noch bestehende „DDR-Subkultur“ in Gestalt von politischen Organisationen, gesellschaftlichen Wertevorstellungen und politischen Einstellungen verliert nach mehr als 20 Jahren sukzessive an politischer Bedeutung.

Die Fristen des Kampfes um eine neue Gesellschaft erwiesen sich als weitaus länger als erwartet. Zu diskutieren ist, in welcher geschichtlichen Situation dieses Kampfes wir uns heute befinden. Neue politische Herausforderungen für die Lohnarbeiter in ganz Deutschland ergeben sich aus der seit Anfang der achtziger Jahre anhaltenden neoliberalen Ka-

pitaloffensive gegen Arbeiterrechte und soziale Leistungen und mit der 2008 begonnenen neuen tiefen Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus.

Strukturelle Veränderungen der Klassengesellschaft

Die Klassenstrukturen, darauf habe ich bereits verwiesen, verändern sich unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise mit der für diese Produktionsweise typischen, ununterbrochenen Revolutionierung der Produktivkräfte fortwährend. Sie sind auch nicht annähernd mit der in der bürgerlichen Soziologie und Propaganda dominierenden „Schichtentheorie“ zu erfassen, nach der entsprechend dem Einkommen zwischen einer *Unterschicht* (zumeist 60 Prozent des Durchschnittseinkommens) einer *Mittelschicht* (zwischen 60 und 170 Prozent, unterteilt nach untere, mittlere und obere Mittelschicht) und einer *Oberschicht* (über 170 Prozent) unterschieden wird. Erforderlich ist eine Analyse der sich wandelnden ökonomischen Struktur der Gesellschaft, der sich verändernden Arbeitsteilung und Arbeitswelt, der Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen, den Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen, auch der sehr differenzierten Reallohnentwicklung der Lohnarbeiter und nicht zuletzt eine Analyse der herrschenden Klasse, des Klassenkampfes von oben.

Die Untersuchung der sozialökonomischen Veränderungen muss die historische Situation vor Augen haben, in der Karl Marx und Friedrich Engels ihre Klassenstrukturanalyse vornahmen. Das war die Zeit etwa 80 Jahre nach Beginn der Ersten Industriellen Revolution in England (massenhafte Ersetzung von Handarbeit durch Maschinenaggregate) und zwanzig Jahre nach deren relativem Abschluss (etwa um 1830), als sich in England bereits die Fabrik- bzw. Industriearbeiterklasse entwickelt hatte. In England waren um die Mitte des 19. Jahrhunderts etwa 35 Prozent der Beschäftigten Industriearbeiter. In Preußen, in der sich die die Erste Industrielle Revolution rund 40 Jahre später durchsetzte, waren es etwa fünf Prozent.

Anzeige

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“).

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



Die Klassenanalyse von Karl Marx und Friedrich Engels (*Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Leipzig 1845*) bezog sich zunächst hauptsächlich auf die Klassenlage der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Produktion, auf „die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt.“ (MEW, Band 4, S. 468) Diese Industriearbeiterklasse, also die Mehrwert produzierende Klasse, werde, so ihre Prognose, die neue Gesellschaft schaffen. Sie stand im Zentrum ihrer Klassentheorie, gerade auch ihrer Revolutionstheorie. In den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts bezog Karl Marx die Arbeiter in der Zirkulation („die Zirkulationsagenten“: kommerzielle Lohnarbeiter, Transportarbeiter, Buchhalter, vgl. *Das Kapital, Zweiter Band, Kapitel 6*) in seine Untersuchungen ein, wobei er auch von einer „privaten Dienstleistungsklasse“ sprach: den Dienstboten des Adels und der „Mittelklasse“ (Synonym für Bourgeoisie).

Im 52. Kapitel des Kapital, Dritter Band, das leider nach einhalb Seiten abbricht, definiert Karl Marx 1864/1865 die den „Eigentümern von Kapital“ gegenüberstehende Klasse bereits übergreifender. Er zählt sie zu den „drei große(n) gesellschaftliche(n) Gruppen“ (hinzu kamen damals noch die „Grundbesitzer“) und spricht von der Klasse „der Lohnarbeiter“ bzw. der Klasse der „Eigentümer von bloßer Arbeitskraft“, die „von der Verwertung ihrer Arbeitskraft ... leben.“ (MEW, Band 25, S. 892 f.).

Welche wichtigen strukturellen Veränderungen sind seitdem erfolgt?

Die gesamte Klassenstruktur der Gesellschaft hat sich gründlich verändert. Nach wie vor gibt es die beiden Grundklassen: die Eigentümer

von Kapital und die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft. Aber beide haben sich erheblich gewandelt. Die Eigentümer von Kapital bzw. die Bourgeoisie ist heute eine in Unternehmerverbänden hoch organisierte, vom Finanzkapital dominierte hierarchisch gegliederte Klasse (etwa zwei Prozent der Erwerbspersonen), zu der auch hunderttausende Spitzenmanager in



BHW-Kolleginnen und Kollegen,
November 2011, Hameln



der Wirtschaft gehören. Das Kleinbürgertum, zu dem zu Beginn des 20. Jahrhunderts etwa 35 Prozent der Beschäftigten gehörten, umfasst als gewerbliche Mittelklasse heute noch etwa sieben bis acht Prozent. Die Klasse der werktätigen Bauernschaft, als Teil davon, ist nahezu verschwunden. Zu einer beachtlichen Größe hat sich die lohnabhängige Mittelklasse des mittleren und oberen Leitungspersonals in Wirtschaft und Staat entwickelt. Bereits Karl Marx sprach im *Kapital* vor 150 Jahren von der Bildung einer „zahlreichen Klasse industrieller und kommerzieller Dirigenten“ (MEW, Band 25, S. 402) Er kennzeichnete damit eine in sich differenzierte gesellschaftliche Gruppe (heute etwa 25 Prozent der Lohnarbeiter), die im Produktions- und Reproduktionsprozess der Gesellschaft eine Zwischenstellung zwischen Lohnarbeiterklasse und Bourgeoisie einnehmen. Die

Angehörigen der lohnabhängigen Mittelklasse sind Lohnarbeiter, aber sie übernehmen auch Aufsichts-, Kontroll- und Herrschaftsaufgaben im Interesse des Kapitals. Schließlich ist nicht zu übersehen, dass die Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz in allen Klassen außerordentlich angewachsen ist. Gab es im Jahre 1950 in der Alt-BRD etwa 100.000 Studenten, so waren es im Wintersemester 2011/2012 etwa 2,5 Millionen.

Welche strukturellen Veränderungen gab es in der Lohnarbeiterklasse selbst?

Es bestätigte sich das von Karl Marx formulierte „Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise“ (MEW, Band 25, S. 892), das darin besteht, „die Produktionsmittel mehr und mehr von der Arbeit zu scheiden und die zersplitterten Produktionsmittel mehr und mehr in große Gruppen zu konzentrieren, also die Arbeit in Lohnarbeit und die Produktionsmittel in Kapital zu verwandeln.“ Etwa

89 Prozent der Erwerbstätigen sind heute in Deutschland Lohnarbeiter, Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, Lohnabhängige bzw. abhängig Arbeitende, wie es allgemein heißt. Allerdings gehören nicht alle zur Klasse der Lohnarbeiter (was in der DDR herrschende Lehre war). Ein nicht geringer Teil gehört zur „lohnabhängigen Mittelklasse“ (s. o.).

Mit der fortschreitenden Arbeitsteilung unter den Bedingungen der anhaltenden Revolutionierung der Produktivkräfte entstanden in der Zirkulationssphäre immer neue private, unternehmensbezogene und öffentliche Dienstleistungsbereiche neben der Produktion, aber auch oft in enger Kooperation mit ihr. Das in dieser Sphäre eingesetzte Kapital ist mittlerweile größer als das im Bereich der Produktion eingesetzte Kapital. In den „Dienstleistungsbereichen“ (Handel, Hotelgewerbe, Transport

und Verkehr, Bildungswesen, Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung, Werbebranche, Information und Kommunikation, Showgeschäft usw.) waren zunächst Hunderttausende beschäftigt. Heute sind es viele Millionen, z. B. im Handel 6,3 Millionen Lohnarbeiter und im Bereich Kreditgewerbe/Versicherungen 1,1 Millionen.

Die außerordentliche Segmentierung und Differenzierung der Lohnarbeiter im heutigen „postfordistischen Kapitalismus“ wird schon an den vielfältigen neuen Begriffen zur Beschreibung der „modernen“ Arbeitswelt deutlich, die zumeist bereits in die politische Umgangssprache eingegangen sind: Stamarbeiter, Scheinselbständige, Leiharbeiter, Mini-Jobber, Ein-Euro-Jobber, Niedriglöhner, Langzeitarbeitslose, prekär Beschäftigte, in Projektarbeit Beschäftigte usw. Neue Klassenfraktionen sind entstanden. Mario Candeias, Co-Direktor des Instituts für Gesell-

schaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sieht eine Fragmentierung in ein „ausgesaugtes Proletariat“, ein „individualisiertes Kybertariat“ und ein „mehr oder minder organisiertes Restproletariat“, gespalten entlang ethnischer, nationaler und geschlechtlicher Grenzen. Übergreifende Merkmale der Entwicklung der Lohnarbeiterklasse sind augenscheinlich eine vielgestaltige soziale Differenzierung, eine teilweise Verelendung und eine allgemeine soziale Unsicherheit.

Karl Marx sprach seinerzeit vom „offizielle(n) Pauperismus“, von der „Lazarusschicht der Arbeiterklasse“ und der „industrielle(n) Reservearmee“ (MEW, Band 23, S. 673 f.) Heute ist die Rede von einer „Unterschicht/Unterklasse“, den „Prekarierten“ bzw. dem „Prekariat“. Dazu gehören unterbezahlte abhängig Beschäftigte ebenso wie arme Arbeitslose in der Größenordnung von mittlerweile deutlich mehr als zehn Millionen „Eigentümer von bloßer Arbeitskraft“. Hinzu kommt die sogenannte „Generation Praktikum“ oder das „Praktikariat“, d. h. eine größere Gruppe von Jugendlichen in prekären Verhältnissen, die keine berufliche und soziale Perspektive sehen. Die Gesetzgebung und Praxis der Leiharbeit, der befristeten Arbeit, der Reallohnsenkungen gerade bei den Niedriglöhnern, der unbezahlten Mehrarbeit und der abnehmenden Tarifbindung der Löhne und ihrer Spreizung verschärfen diese Tendenz. Aber zugleich gibt es größere Gruppen von Lohnarbeitern, die wie die Kernbelegschaften der Großbetriebe oder ein Teil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst relativ gut verdienen. Auch für sie gilt die übergreifende und zunehmende Tendenz „Prekarität ist überall“.

Nicht zuletzt veränderte sich die Industriearbeiterklasse selbst und zwar in mehrfacher Hinsicht. Die mikroelektronische Revolution macht immer mehr Handarbeit überflüssig. Immer weniger produzieren immer mehr. Im Jahre 2008 gehörten nach den Berechnungen von Jörg Miehe in den produktiven Sektoren der Volkswirtschaft noch 5,2 Millionen Arbeiter und 1,4 Millionen technische Angestellte zur traditionellen Industriearbeiterklasse. (vgl. *Arbeitende Klasse in Deutschland*, S. 156) Das waren etwa 16,5 Prozent aller Beschäftigten und rund 28 Prozent aller Lohnarbeiter. Die Zahl der sogenannten Stehkrä-

genproletarier, der Angestellten, überflügelte in der Alt-BRD bereits im Verlaufe der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Zahl der Arbeiter. Ein Teil der Intelligenz (z. B. in den Forschungszentren) stieß zur Industriearbeiterklasse. Die Konzentration der Arbeiter in Großbetrieben mit über 1.000 Beschäftigten ebenso wie die Zahl der Arbeiter in diesen Großbetrieben stieg zunächst an (Alt-BRD: bis Anfang der achtziger Jahre auf mehr als 900 Betriebe, in denen rund 50 Prozent aller in der Industrie Beschäftigten arbeiteten) und ging dann immer weiter zurück (2007 noch 642 Betriebe mit 27 Prozent der Beschäftigten). (vgl. *ebenda*, S. 55)

All diese strukturellen Veränderungen verlangen heute Antworten auf zwei Fragen: Erstens: Welche Konsequenzen haben diese Veränderungen für die Definition des gesellschaftlichen Subjekts progressiver Gesellschaftsgestaltung in Richtung einer „neuen Gesellschaft“ und demzufolge für die Revolutionstheorie? Zweitens: Vermag der im Zusammenhang mit der Ersten Industriellen Revolution entstandene Begriff der Arbeiterklasse als Synonym für die Industriearbeiterklasse diese Veränderungen noch sinnvoll und verständlich zum Ausdruck zu bringen oder verlangt die veränderte Klassenwirklichkeit nach einem anderen Begriff?

Das potentielle revolutionäre gesellschaftliche Subjekt ist nach Marx, Engels und Lenin die Industriearbeiterklasse, insbesondere jener Teil, der in den Großbetrieben konzentriert ist. Karl Marx sprach von der „Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.“ (MEW, Band 23, S.790 f.) Diese Industriearbeiterklasse ist kleiner geworden, aber keineswegs verschwunden. Sie ist Kern der Klasse der Lohnarbeiter, weil ihre Ausbeutung unmittelbar erfolgt, weil sie direkt mit dem Kapital konfrontiert ist. Sie steht im Zentrum des ökonomischen Systems und ist damit potentiell auch das Zentrum von gesellschaftsverändernder und gesellschaftsgestaltender Gegenmacht. Das Subjekt progressiver Umgestaltungen insgesamt von seiner Interessenlage her ist die entlang des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

entstandene Lohnarbeiterklasse in ihrer Gesamtheit oder, wie es Jürgen Kuczynski am Ende seines Lebens formulierte, „das ausgebeutete Volk im Bündnis mit der linken und humanistischen Intelligenz“. (Was wird aus unserer Welt?, Berlin 1997, S. 58) Wie aus dieser Möglichkeit, unter den Bedingungen der gegebenen außerordentlichen strukturellen Fragmentierung der Lohnarbeiterklasse, eine politisch handlungsfähige Gegenmacht entstehen kann, ist eine andere Frage.

Bekanntlich werden in der linken Debatte, gerade auch in der marxistischen Diskussion um eine aktuelle Klassenanalyse die unterschiedlichsten Begriffe für die Lohnarbeiterklasse verwandt. Es wird (so von der DKP) von der Arbeiterklasse im weiteren Sinne gesprochen. Üblich waren oder sind auch Begriffe wie Arbeitnehmerklasse, abhängig arbeitende Klasse, Lohnabhängigenklasse, arbeitende Klasse und (im Plural) arbeitenden Klassen. Die sachlichen Fragen sind: Welcher Begriff entspricht der heutigen Wirklichkeit? Ist der Begriff der Arbeiterklasse heute für die außerordentlich fragmentierte und sich strukturell und politisch differenzierende Klasse der den Eigentümern von Kapital gegenüberstehenden Klasse der Lohnarbeiter tauglich? Zumindest für nicht wenige Angehörige dieser Klasse ist er nicht überzeugend. Die z. B. auch für Verwaltungsangestellte verständliche und politisch sinnvolle Bezeichnung arbeitende Klasse (oder arbeitende Klassen) ist dies.

Bei der Bestimmung der Klassenstruktur und der Klassenfronten insgesamt (zwei Grundklassen und zwei Mittelklassen: die gewerbliche und die lohnabhängige Mittelklasse) dürfen wir im Übrigen nicht übersehen, dass in einem hohem Maße der Widerspruch zwischen den Interessen des großen Kapitals und den Lebensinteressen der großen Mehrheit des Volkes (gegen die Umweltzerstörung, gegen ein Steuersystem zu Gunsten der Superreichen, gegen immer neue Kriege, gegen wachsende Armut, Überwachung und Verdummung) die heutigen Klassenfronten und Klassenauseinandersetzungen bestimmt.

Illusionen über die gegebenen Klassenmachtverhältnisse.



In der linken Debatte (z. T. auch unter antikapitalistischen Linken) dominierte im Bundestagswahljahr 2013 ein grundfalsches Politikverständnis. Das parlamentarische Regierungssystem samt seinen Parteien wird als Zentralachse des politischen Lebens hingestellt und begriffen, als autonome politische Sphäre. Kern der Illusionen ist die Erwartung, eine politische Wende hin zu sozialen und ökologischen Reformen und zur Bändigung des entfesselten Kapitalismus sei im Falle einer Mehrheit für SPD, Grüne und Die Linke nahe. Dann könne der Politikwechsel oder gar die antikapitalistische Transformation beginnen. Wer denn nur „will“, kann danach „schnell“ in eine andere Politik einsteigen, hieß es im Wahlprogramm Der Linken. Selten in der Geschichte des Kapitalismus hat es Deutschland eine derartige Ignoranz gegenüber den bestehenden Machtverhältnissen gegeben.

Nach der Wahl gibt es im Bundestag nun sogar eine solche „linke Mehrheit“ mit immerhin zehn Abgeordneten. Ein wirklich „linkes Lager“ aber ist nirgendwo zu erkennen, weder im Bundestag, im Parteiensystem noch in der Gesellschaft. Ein Politikwechsel ist nicht in Sicht. Er scheint lediglich greifbar nahe, wenn man den Aussagen von Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke im Bundestag, Glauben schenkt. Nur ist die Politik nicht das Feld, wo der Glaube entscheidet, sondern die machtpolitischen Gegebenheiten. In der Politik ging und geht es nun einmal, offen oder verdeckt, um Klassenfronten und nie um den Willen von Parteiführern oder gar um einen herrschaftsfreien Dialog über die weitere Staatspolitik.

Entscheidend sind die gegebenen Klassenmachtverhältnisse. Und diese

besagen: Das große Kapital sitzt derzeit in der Bundesrepublik politisch fest im Sattel. Es hat sein neoliberales politisches Konzept der Privatisierungen, der „marktkonformen Demokratie“ und der Agenda 2010 im Rahmen seiner Offensive gegen die arbeitende Klasse in Staatspolitik und Recht umsetzen können. Der gesellschaftliche Widerstand dagegen war und ist gering. Die große Mehrheit der Menschen erklärt sich bei Umfragen mit den politischen Verhältnissen einverstanden.

Ohne eine grundlegende Veränderung der Klassenmachtverhältnisse, ohne mobilisierte Lohnarbeiterklasse wird es keinen Politikwechsel geben. Eine taugliche Strategie muss sich gegen das „rot-rot-grüne“ Illusionstheater wenden und die Erkenntnis einschließen: „Die strategische Kernaufgabe Der Linken besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische Politik durchzusetzen.“ (Erfurter Programm von 2011, Abschnitt V.) Ohne wirkliche Erfolge auf diesem Weg ist auch ein „neuer Sozialismus“ nicht mehr als eine „interessante Idee“ (Heinz Jung) oder ein „realitätsferner Mythos“ (Antonio Gramsci). Wenn diese Grunderkenntnis fehlt und damit die zentrale Aufgabe der Schaffung politischer, organisatorischer und geistig kultureller Gegenmacht negiert wird, ist die Politik einer linken Partei nicht nur illusionär und ignorant, sondern bereits auf dem Weg, den Brückenschlag zu den Regierenden vorzubereiten.

Aktualität der Klassenmobilisierung

In der durch eine „Explosion der Ungleichheit“ (Hans-Ulrich Wehler) gekennzeichneten, wieder deutlich polarisierten Klassengesellschaft im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts steht die arbeitende Klasse in Deutschland vor einer außerordentlich schwierigen Situation. Sie ist strukturell hochgradig fragmentiert. Politisch tritt sie wenig in Erscheinung. Über einen langen Zeitraum waren Klassenbewusstsein und Klassenhandeln

rückläufig. Im Westen hat sie über mehr als zwei Generationen hinweg nur punktuell (in einzelnen großen Streikaktionen und Bewegungen) die politische Bühne betreten. Im Osten dominieren, 25 Jahre nach der tiefen Niederlage von 1989/1990, politische Apathie und Individualisierung. Der neoliberalen Kapitaloffensive der letzten zwei Jahrzehnte hat sie nur hin und wieder Widerstand entgegen gesetzt. Entweder sie betritt wieder vernehmbar die politische Bühne, befreit sich von politischer Apathie und politischen Illusionen und führt entsprechend ihren Interessen den gewerkschaftlichen oder politischen Kampf oder die soziale und politische Verschlechterung ihrer Lage verschärft sich weiter.

Auf eine Verstärkung der Kapitaloffensive im Falle eines dramatischen Crashes der kapitalistischen Weltfinanzen und Weltwirtschaft ist sie ebenso wenig vorbereitet wie auf die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft, für die die materiellen Existenzbedingungen herangereift sind. Die gewerkschaftliche Organisationsmacht der arbeitenden Klasse ist gering und gekennzeichnet durch „strategische Lähmung“ (Frank Deppe). Nur etwa 20 Prozent der Lohnarbeiter sind gewerkschaftlich organisiert. Fortschritte in Richtung einer politischen Revitalisierung im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen der Partei Die Linke 2009 und deren programmatischer Orientierung auf dem Erfurter Parteitag 2011 haben keine Fortsetzung gefunden. Und noch mehr: Mit dem angestrebten Übergang zur Regierungspartei auch auf Bundesebene wäre die Ausrichtung des parlamentarischen Systems auf die Interessen der herrschenden Klasse wieder komplett. Denn ohne den Preis eines Ja zur „Bündnistreue“ und eines Verzichts auf den Kampf gegen die Agenda 2010 wird „Regierungsverantwortung“ nicht zu haben sein.

Ansätze für eine neue politische Klassenbildung dürfen bei all dem nicht übersehen werden. Eine solche Klassenbildung vollzieht sich derzeit in bescheidenem Maße vor allem über kleine Gruppen und Fraktionen der Klasse, die als politische Akteure auftreten. Dazu gehören aktive Gewerkschafter, sporadisch auch ein Teil der Prekarisierten, nicht wenige

Jugendliche und Angehörige der Intelligenz in den sozialen und politischen Bewegungen. Widerstand gegen die neoliberale Kapitaloffensive gibt es allerdings lediglich als einzelne Lichtpunkte und nicht als eine Lichterkette.

Politisch bedeutsam ist, dass im



Ergebnis eines Dialogs von linken politischen und gewerkschaftlichen Aktivisten in den letzten zwei Jahrzehnten über zentrale soziale und politische Konturen eines Klassenprojektes von unten Verständigung erzielt werden konnte. Ein solches Klassenprojekt hat vor allem den Sinn, im gewerkschaftlichen und politischen Kampf die verschiedenen Segmente und Akteure der arbeitenden Klasse zu vereinigen. Es geht um den Kampf

für einen Mindestlohn, gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, für soziale Gerechtigkeit und gegen die anwachsende soziale Ungleichheit, gegen weitere Privatisierungen und für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. In der politischen Auseinandersetzung sind die Eigentumsfrage und die Machtfrage zu stellen. Die Finanzinstitute, der Energiebereich und die Bereiche der Daseinsvorsorge sind zu vergesellschaften. Politikwechsel ist als Frage der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu begreifen. Unabdingbar ist die Forderung, Auslandseinsätze der Bundeswehr und überhaupt die Militarisierung der Außenpolitik zu beenden.

Überzeugende Antworten auf weitere Fragen im Kampf um politische Klassenbildung, um organisierte politische und geistig-kulturelle Gegenmacht sind in der Diskussion. Dazu gehören: das Problem der Macht der kapitalistischen Meinungsmache und deren Durchbrechung, die Wege zur Erneuerung und Stärkung der Gewerkschaften als Klassenorganisationen der Lohnarbeiter, die Entwicklung eines konkreten Bündiskonzepts von arbeitender Klasse und gewerblicher sowie lohnabhängiger Mittelklasse, die Fragen einer Ausbruchstrategie aus der kapitalistischen Produktionsweise, einer überzeugenden Konzeption für einen zukünftigen Sozialismus und das Problem des Fehlens eines politischen Zentrums in den sich abzeichnenden Klassenkämpfen. Weit entfernt sind wir augenscheinlich von der Schaffung einer marxistischen Partei der arbeitenden Klasse mit Masseneinfluss, wie sie die Lohnarbeiter in ihren Kämpfen brauchen werden. Eine solche Partei kann nach allen historischen Erfahrungen nur aus den Klassenkämpfen selbst hervorgehen. Wichtig ist zunächst, und da sind wir in den letzten Jahrzehnten deutlich weiter gekommen, die gewachsene Bereitschaft von Marxistinnen und Marxisten, unabhängig davon, in welchen Organisationen sie sich auch engagieren, in den gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen, bei der Entwicklung von Klassenbewusstsein und Klassenhandeln zusammen zu arbeiten.

Ekkehard Lieberam

Tschechien: geht es weiter bergab?

Kaum etwas in der Wirtschaft der Tschechischen Republik kann in diesen Tagen Hoffnung auf eine erfreuliche Entwicklung erwecken. Die meisten Ökonomen erwarteten für das dritte Quartal freundlichere Zahlen, doch die Statistiker mussten sie enttäuschen: Das BIP ist im Jahresvergleich um 1,6 Prozent zurückgegangen, im Vergleich mit dem vorherigen Quartal um 0,5 Prozent. Als Gründe werden schwache Investitionstätigkeit sowie zurückgehendes Mehrwertschaffen in Energieproduktion, in der Bauindustrie (die bereits seit längerer Zeit nicht im Stande ist, sich aus der Krise aufzuraffen), im Handel und Verkehr sowie in der Landwirtschaft. Eine Ausnahme bildete nur die verarbeitende Industrie, besonders die Verkehrsmittelherzeugung (ja, die Autos!).

Hinter diesen grossen (groben) Zahlen verstecken sich die fortschreitenden sozialen Auswirkungen der Krise. Während im Jahre 2011 ungefähr eine Million Menschen – die Republik zählt 10,5 Mill. Einwohner – von Armut betroffen waren (d. h. ihr Monatseinkommen lag unter 10.000 Kronen), sind es heuer bereits 1,6 Mill. (15,4 Prozent der Bevölkerung). Obwohl diese Zahlen die niedrigsten in Europa sind, steigen sie doch am schnellsten. Nach Angaben des Tschechischen Helsinki-Komitees nahm diese Zahl jetzt um 86.000 Personen zu, die in Haushalten unter der Armutsgrenze leben. Der Komiteebericht stellt wörtlich fest: *„Der Armutsgrad stieg (von 41 auf 46 Prozent). Meistens sind Arbeitslose betroffen sowie Menschen in Haushalten mit drei und mehr Kindern (von 20 Prozent erhöhte sich ihre Zahl auf 24,5). Es gibt mehr Frauen (deren Zahl von 10 Prozent auf 10,8 gestiegen ist) als Männer (deren Prozentsatz von 8 auf 8,9 anstieg). Knapp über der Armutsgrenze leben 1,7 Mill. Menschen.“*

Fast eine Viertelmillion Menschen – genau 215.000 – sind auf Sozialhilfe angewiesen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres zahlte der Staat 5,1 Milliarden Kronen der sog. Nothilfe aus – um 1,5 Mrd. (40 Prozent) mehr als für denselben Zeitraum in 2012. (Diese Art von Nothilfe besteht aus einem Lebenshilfe-Beitrag, Wohnhilfe sowie sofortiger Nothilfe.) Der Grund der steigenden Hilfe ist offensichtlich: Die Zahl der Langzeit-Arbeitslosen nimmt zu. Diese verlieren nach fünf Monaten ihr Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung. (Allerdings ist diese Unterstützung abgestuft: für Menschen im Alter von unter 50 Jahren endet das Anrecht nach fünf Monaten, zwischen 50 und 55 Jahren nach acht Monaten, über 55 nach elf Monaten.) Im ersten Halbjahr 2012 zahlte der Staat monatlich diese Unterstützung an 155.000 Menschen; heuer waren es in demselben Zeitraum bereits 215.000.



Andrej Babiš, Milliardär und Gewinner der Wahlen

In dieser Situation fanden Ende Oktober Wahlen für die Abgeordnetenkammer statt. Der letzte Grund, warum die vorherige rechtslastige Regierung – wohl die schlimmste der letzten zwanzig Jahre – fiel, war auch ihr letzter Skandal: Die Chefsekretärin des Ministerpräsidenten (die auch seine Geliebte war) hatte nicht nur Verbindungen zu Mafia-„Paten“ aufrechterhalten, sondern z. B. auch die Gemahlin des Minis-

terpräsidenten von Offizieren des Militär-Nachrichtendienstes bespitzeln lassen.

Die vorzeitigen Parlamentswahlen zeigten die Brüchigkeit des politischen Systems, die u. a. auch durch das tiefe Misstrauen der Bevölkerung der politischen Sphäre gegenüber begründet war (und ist) – ein überwiegender Grossteil der Bürger traute keinem der Repräsentanten der bisherigen („alten“) politischen Ordnung mehr. Kein Wunder also, dass der eigentliche Sieger der Wahl ein Mann ist, der bisher nie politisch tätig war, ein Milliardär – einer der drei reichsten Männer des Landes, Andrej Babiš. Vor zwei Jahren gründete er eine „politische Bewegung“, genannt *Aktion der unzufriedenen Bürger* – die Abkürzung des Namens ist ANO, was (im Tschechischen) „Ja“ bedeutet. Die Sozialdemokraten erhielten zwar 50 Mandate (d. h. sie zählen 50 Abgeordnete in der zweihundertköpfigen Kammer),

doch die ANO-Partei hat 47. Mit anderen Worten: Ohne diese Partei ist kaum eine Regierung zu bilden. Die Losung ihres Gründers (der Besitzer von Nahrungsmittelfabriken und u. a. auch der grösste tschechische Investor in Deutschland ist), die jetzt ununterbrochen in den Medien wiederholt wird, lautet: Man muss den Staat wie eine Firma leiten! Er führte – verglichen mit allen anderen Parteien – eine sehr „volksnah“ geführte Wahlkampagne und war im Stande, frühere Sympathisanten anderer Parteien für sich zu gewinnen. Weil sie frustriert und unzufrieden waren, sahen allzu viele Bürger zu ihm auf und glaubten an seine Losungen, betreffend Korruptionsbekämpfung, „effektiven Staat“ und strenge Überwachung der Staatsausgaben. Manche waren auch angezogen vom Bild eines erfolgreichen Unternehmers, der es ihrer Meinung nach ernst meinte, da er – sehr reich –

vom Staat kein Geld zu verlangen brauchte.

Eine zweite vor zwei Jahren entstandene Partei, *Úsvit* (*Morgendämmerung*) genannt, gegründet und geführt von einem Mann, dessen Vater ein Japaner war (dessen Mutter jedoch aus Mähren stammt), hat eigentlich als „Programm“ nur die Forderung nach einem allgemeinen Referendum sowie damit verbundener „direkter Demokratie“. Diese sollte u. a. die Möglichkeit enthalten, jede Art von Staatsbediensteten wie auch Abgeordnete oder Minister abzuverufen. (Wir führen diese Einzelheiten an, obwohl sie scheinbar unwichtig sind, weil sie jedoch auf die Gemüter der tschechischen Wähler grossen Eindruck machten; denn diese Forderungen waren im starken Kontrast mit der Wirklichkeit der bisherigen Politik der Rechten.) Die Morgendämmerung hat zwar nur 14 Abgeordnete – soviel, wie die von Václav Klaus seinerzeit gegründete und bis zu diesem Jahr stärkste Partei der Rechten, ODS

(!) – doch sollten die jetzt noch laufenden Koalitionsverhandlungen scheitern, könnte sie zum sprichwörtlichen Zünglein an der Waage werden.

Die Lage der Sozialdemokraten scheint, dem Wahlsieg zum Trotz, schwierig zu sein. Lange Zeit vor den Wahlen und auch während der Kampagne glaubte (hoffte) und deklarierte ihre Führungsspitze, die Partei werde, wenn nicht nahe an 30, so doch wenigstens 25 Prozent der Stimmen erhalten. In diesen Fällen wäre sie im Stande, entweder allein eine Regierung zu bilden oder eine Minderheitsregierung zustande zu bringen, die mit Unterstützung der Kommunisten den Staat leiten könnte. Mit 20,45 Prozent der Stimmen wurde die Sozialdemokratie zwar die stärkste Partei, doch es ist das schlechteste Ergebnis seit 1989. (Sie gewann nur 89.000 Stimmen mehr als die ANO-Partei!) Als Grund dieses Misserfolgs nannte ein bekannter Soziologe die Tatsache, dass es den Sozialdemokraten nicht gelang, zwei der am meisten bedrohten Gesellschaftsgruppen anzusprechen – nämlich die knapp über der Armutsgrenze lebenden Menschen und die Wähler, die sich von den Rechtsparteien abgewandt hatten, sich dann jedoch eher den Protestparteien – z. B. der ANO-Partei – zuwandten. In dieser Hinsicht zeigte sich also die ideenlose, einer wichtigen gesellschaftlichen Basis entbehrende Politik der Sozialdemokratischen Partei.

Um nun eine Regierung zu bilden, braucht sie Koalitionspartner – und da sie sich mit dem aus dem Jahre 1995 datierten Kongressbeschluss selbst verboten hatte, mit der KP auf Regierungsebene zusammenzuarbeiten, kann die Partei Kommunisten in eine Regierung nicht aufnehmen. Als „nahestehende“ Parteien kommen daher nur die ANO-Partei sowie die Christdemokraten in Frage. Den letztgenannten ist nämlich ein Comeback gelungen: In den Parlamentswahlen im Jahr 2010 haben sie – eine Partei, die zuvor immer im Parlament vertreten war – nicht einen einzigen Sitz gewinnen können.

Um das Bild abzurunden, verdienen zwei Fakten Erwähnung: Erstens, die zwei „grossen“ (in An-

führungszeichen grossen, da sie im Moment gar nicht mehr gross sind) Rechtsparteien, die einst als „Klaus-Partei“ angesehene ODS-Partei sowie die unter der Abkürzung TOP 09 bekannte, formal von Fürst Schwarzenberg geleitete, Partei sind soweit zusammengeschrumpft, dass sie nur noch 14 bzw. 26 statt 53 resp. 41 Abgeordnete haben. Offensichtlich also ein Debakel.

Die zweite Tatsache: Es gibt ein Dutzend kleiner und kleinster Parteien, die es nicht ins Parlament schafften. Zwei nur sind zu erwähnen: Eine hatte die Unterstützung vom Ex-Präsidenten Klaus, eine andere hatte die Unterstützung (die sie wohl inzwischen verlor) des heutigen Präsidenten Zeman, dessen Namen sie sogar im Titel hatte. (Hier ist nicht der Ort, über Zemans Pläne mit dieser Partei zu schreiben – er wollte sie offensichtlich im Fall eines Durchbruchs gegen die Sozialdemokraten verwenden.)

Zuletzt ein Wort zu den Kommunisten. Die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren, wie sie offiziell heisst, kann sich eigentlich auch als Sieger betrachten. Als einzige der „alten“, etablierten Parteien gewann sie, verglichen mit der Wahl von 2010, sowohl Stimmen (172.000) als auch Sitze (7). Sie wird sicherlich in der Abgeordnetenkammer wichtige Stellen in manchen Ausschüssen haben, auch beansprucht sie die Position eines der vier stellvertretenden Kammer-Vorsitzenden. Da jedoch – und dies gilt für alle im Parlament vertretenen Parteien – die Wahlen in einer ausserordentlichen Situation stattgefunden haben, werden erst die folgenden zeigen, ob das Ergebnis dieser Wahl einen Trend darstellt oder ob es ein einmaliges Ereignis war. Im nächsten Jahr erwartet man Kommunal- und Senatswahlen. Erst dann wird man sagen können, welchen Weg die Tschechische Republik angetreten hat. Ein allererstes Zeichen mögen die ersten Schritte der neuen Regierung darstellen, die – glaubt man den Worten des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Bohuslav Sobotka – vor Weihnachten gebildet sein sollte. Darüber werden wir wahrscheinlich in der Frühjahrsausgabe berichten.

Štěpán Steiger

Anzeige

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Zwei Weihnachtsbotschaften von 1936

Die Deutsche Volksfront gegen Hitler – mit einem anderen Blick auf Willy Brandt, Hermann Brill und Klaus Mann

Nach 1933 mehrfach verhaftet überlebte der Widerstandskämpfer und unbeugsame Demokrat Hermann Louis Brill (1895-1959) als Gründer der illegalen *Deutschen Volksfront* von 1936 und Verfasser des „*Buchenwalder Manifestes*“ von 1945 das Konzentrationslager Buchenwald. Brill gewann nach 1945 maßgeblichen Anteil an der Vorbereitung der Verfassungen für einzelne Länder wie Thüringen, Hessen und Bremen. Er gehörte zu den Vätern des Grundgesetzes

fangreichen und nach wie vor aktuellen Schriften aus dem Widerstand für eine Neuordnung Deutschlands vorgelegt: *Gegen den Strom*, Offenbach 1946 (Bollwerk-Verlag Karl Drott).

Klaus Mann, einer von den gleichfalls lange Vergessenen, traf am 11. Juni 1945 in amerikanischer Uniform in Weimar ein, um im Rahmen seiner Erkundungsreise für die US-Zeitungen mit dem Anti-Nazi-Komitee in Weimar Kontakt aufzunehmen. Anschließend fuhr der älteste Sohn von Thomas Mann mit Hermann Brill

nach Buchenwald. Es ist davon auszugehen, dass Klaus Mann damals noch nicht wusste, dass Hermann Brill zur gleichen Zeit in Berlin die illegale Widerstandsgruppe *Deutsche Volksfront* gegründet hatte, als er selbst mit seinem Onkel Heinrich Mann und Willy Brandt am 21. Dezember 1936 den Aufruf der Deutschen Volksfront in Paris unterzeichnete. Am 20. Juni 1945 hielt Klaus Mann eine Rundfunkrede über den Verfasser des Buchenwalder Manifestes und skizziert darin die politischen Vorstellungen von Brill über den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands so: „Die alten politischen Gegensätze sollten vergessen sein. Im unterirdischen Kampf gegen das Nazi-Regime haben Kommunisten mit Sozialdemokraten und Katholiken zusammengearbeitet, so wie Konservative und Liberale in den Konzentrationslagern zusammen gelitten haben. In diesem Geist soll es weitergehen; nur so kann Deutschland wieder aufgebaut und eine deutsche Demokratie allmählich hergestellt werden.“ (Tagebücher 1944-1949: 87f.)

Freilich zerschlugen sich diese Hoffnungen schnell. Nachdem die Sowjets die Besatzungsherrschaft in Thüringen übernommen hatten, wurde der *Bund demokratischer Sozia-*



der Bundesrepublik Deutschland, nachdem er unmittelbar nach seiner Befreiung den *Bund demokratischer Sozialisten*, die erste Einheitspartei der Arbeiterbewegung nach 1945, in Weimar gegründet hatte und von der US-Militärregierung zum Ministerpräsidenten Thüringens ernannt worden war. Ein Verfolgter der Nazi-Diktatur, der einer der ersten Opfer des Kalten Krieges wurde und bald in beiden deutschen Staaten in Vergessenheit geraten sollte. Ein Schicksal, das er mit zahlreichen Hitlergegnern aus den Reihen der politischen Zwischengruppen (KPO/SAP) wie auch mit Repräsentanten des deutschen Exils teilte. Dabei hatte Brill bereits 1946 im Heft 1 der *Wege zum Sozialismus* einen Nachdruck seiner um-



listen verboten und Brill als Leiter des Thüringischen Staatsministeriums auf Betreiben von Walter Ulbricht am 16. Juli 1945 abgesetzt. Zur Unperson im Osten erklärt geriet er ebenfalls im Westen bald in Vergessenheit, vor allem, weil Brill auch nach 1945 immer und zuerst seinen politischen Überzeugungen und nicht einer Organisation oder Partei folgte. Bis heute kommt es immer wieder vor, dass das von ihm geprägte *Buchenwalder Manifest* vom 13. April 1945 mit dem *Schwur der Häftlinge von Buchenwald*

vom 19. April 1945 gleichgesetzt oder verwechselt wird. Und während die Deutsche Volkfront in Paris Bestandteil der Erinnerung an den deutschen Widerstand wurde – schon wegen der prominenten Unterzeichner –, ist die Deutschen Volkfront in Berlin und ihr *Zehn-Punkte-Programm* bis heute nur wenigen bekannt. Das ist umso erstaunlicher, weil beide hoffnungsvollen Weihnachtsbotschaften des deutschen Widerstands zum gleichen Zeitpunkt am 21. Dezember 1936 in gegenseitiger Kenntnis entstanden.

Neubeginnen mit einem Einheitsbündnis nach dem Scheitern der Volksfrontbündnisse in Europa

Trotz aller Blockaden und Ausgrenzungen war es 1935/36 zu zahlreichen „Grenzüberschreitungen“ gekommen. Auf dem letztlich gescheiterten Weg von der „Volksfront der Not“ zur „Verwirklichung einer großen antifaschistischen Volksfront Europas“ (Ursula Langkau-Alex 2004/05) entstand ein kompliziertes Geflecht von unterschiedlichen Initiativen. Dazu gehörten in Paris die von Hellmut von Gerlach geprägten Hilfskomitees für Verfolgte in Hitler-Deutschland und für in Frankreich lebende Emigranten ebenso wie das Asylrechts-Büro und die Friedensnobelpreiskampagne für Carl von Ossietzky, an der sich Willy Brandt federführend beteiligte. Hinzuweisen ist auch auf den Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter und die Presseorgane, das *Pariser Tageblatt/Pariser Tageszeitung* wie auch die *Deutschen Informationen* der SAP-Gruppe um Walter Fabian, Paul Frölich und Willy Brandt als letzte Bastionen der Volksfront in Paris. Die Moskauer Prozesse und der umstrittene Rückzug der KPD und SAP aus dem Volksfrontbündnis beendeten dieses Bündnis in Frankreich innerhalb eines Jahres. Ausgerechnet in dieser scheinbar ausgeweglosen, die Linke erneut spaltenden Situation rief eine Berliner Gruppe von Sozialisten und Kommunisten im Dezember 1936 dazu auf, „die Gefahr eines neuen Weltkrieges mit allen Mitteln zu bekämpfen“ und die „demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gruppen Deutschlands zu einer Deutschen Volksfront“ zu vereinen. Die programmatischen Forderungen und deren Begründung zeugen von der Intensität einer Diskussion, die diesem Aufruf vorangegangen sein muss. Wie kam diese Gruppe zusammen?

Die Berliner Gruppe um den Verleger Otto Brass und Brill setzte sich vornehmlich aus ehemaligen sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten und aus Funktionären der Gewerkschaften und Genossenschaften zusammen. Sie bestand gegenüber der SOPADE auf ihre Unabhängigkeit. Dasselbe

[Zehn Punkte]¹

Entschlossen, Deutschland aus der Schmach und Schande der Diktatur zu befreien, der gesellschaftlichen Zerstörung durch die Kriegswirtschaft des Vierjahresplanes Einhalt zu gebieten und die Gefahr eines neuen Weltkrieges mit allen Mitteln zu bekämpfen, haben sich die demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gruppen Deutschlands zu einer

Deutschen Volksfront

vereinigt und verkünden dem deutschen Volke folgende programmatische Forderungen:²

1. Sturz und Vernichtung der Hitlerdiktatur.³
2. Recht und Ger[e]chtigkeit fuer alle: Abschaffung der Blutjustiz, Befreiung der politischen Gefangenen, Suehne fuer die begangenen Verbrechen, Wiedergutmachung des veruebten Unrechts.⁴
3. Freiheit des Glaubens und der Welt[an]schauung, staatlicher Schutz jeder Religionsuebung, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.⁵
4. Volle Selbstregierung und Selbstverwaltung des deutschen Volkes in einem erneuerten Reich der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie!⁶
5. Einstellung des Wettruestens und der Kriegswirtschaft. Sicherheit durch Abruestung, Verkuerzung der Dienstzeit.⁷
6. Restlose Aussoehnung und aufrichtige Zusammenarbeit mit Frankreich. Friede und Freundschaft mit allen Voelkern. Aufbau einer europaeischen Staatengemeinschaft durch ehrliche Mitarbeit in einem reorganisierten Voelkerbund.⁸
7. Beseitigung der Ernaehrungsnot, der Armut und der Arbeitslosigkeit durch Wiedereintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft.⁹
8. Rettung der Versicherungen und Spareinlagen vor der Inflation. 40 Stundenwoche. Freier Arbeitsvertrag.¹⁰
9. Einziehung des Grossgrundbesitzes, grosszuegige Bauernsiedlung. Aufhebung der Zwangswirtschaft am Boden (Erbhofgesetz) und an den landwirtschaftlichen Erzeugnissen (sogenannte Marktordnung)[,] freies landwirtschaftliches Genossenschaftswesen.¹¹
10. Verstaatlichung der Banken, der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft. Einfuehrung einer Wirtschaftspolitik, die allein der Sicherung und Steigerung des deutschen Lebens dient.¹²

Deutsche! Die deutsche Volksfront wird nicht eher ruhen und sich auflösen, bis nicht der letzte Punkt dieser Forderungen verwirklicht sein wird.

Deutsche! Sammelt Euch in der deutschen Volksfront!

Nieder mit den Unterdrueckern und Verderbern Deutschlands!

Es lebe ein freies, friedliches und glueckliches Vaterland!¹³

Deutsche Volksfront
Unterschriften,¹⁴

galt für das Zentralkomitee der KPD, mit deren Mitgliedern im Berliner KP-Bezirk um Anton Ackermann Kontakt bestand. Sie bemängelten die „Emigrantenluft, die Erlebnisferne, die künstliche Konstruktion“ des Pariser Aufrufs. Vergeblich baten sie Mitte Januar 1937 das Prager SOPADE-Büro um Unterstützung ihres Aufrufes. Dagegen sorgten Karl Frank (Paul Hagen) und andere Mitglieder des Auslandsbüros von *Neu Beginnen* in Prag für eine Veröffentlichung.

Die „Begründung eines deutschen Volksfront-Programms“ geht 1936 davon aus, dass das soziale und politische System der deutschen Gesellschaft gänzlich zerstört sei. Was von den alten Parteien noch vorhanden sei, habe mit den früheren Organisationen nichts zu tun. Niemand, der von der früheren SPD heute noch aktiv ist, denke an die Wiederherstellung einer Partei der parlamentarischen und sozialen Reform und alle heute noch aktiven Kommunisten wollen kein Wiederaufleben des Bruderkampfes und des Putschismus. Eine Volksfront jenseits der auch ideologisch überlebten Parteien werde deshalb das Bündnis mit dem Bürgertum erschweren. Oppositionellen in monarchischen Kreisen, im ehemaligen Stahlhelm oder in Zentrumsgruppen wurde grundsätzlich die Fähigkeit abgesprochen, eventuell geeignete Bürgerliche für eine solche Volksfront zu repräsentieren. Und alles Pro-Hitlerische sei von vornherein fernzuhalten. Dazu zählten die der NSDAP angeschlossenen Verbände, der Staatsapparat, die Finanzoligarchie der Groß- und Privatbanken, der Schwerindustrie, ein Teil des Adels und der Wehrmacht. „Mit der Einbeziehung des Großgrundbesitzes und der Verstaatlichung der Banken (Frhr. v. Schroeder, Schacht, Reinhardt) und der Schwerindustrie (Fritz Thyssen), die Hitler finanziell den Weg an die Macht geöffnet haben, reißt man die Wurzeln der Diktatur aus.“ Das Rekrutierungsfeld einer Volksfront sei auch deshalb eingeschränkt, weil man unter den Jugendlichen lediglich auf Menschen „zwischen 30 und 50 Jahren“ zurückgreifen könne. Die Jüngeren seien vom Nationalsozialismus vergiftet, die Älteren von den überkommenen Parteiideologien geprägt. Von ungeheurer Problematik sei auch der Stand der Frauenfrage. Um Missverständnisse zu verhindern, fügte Brill

später hinzu: „Für die Schaffung einer neuen Lebensordnung ist die frühzeitige und richtige Eingliederung der Jugend und der Frauen in das gesellschaftliche Leben eines der größten Probleme ... Eine Politik, die ohne die Frauen gemacht wird, ist genauso unsinnig wie eine, die versuchen würde, gegen die Frauen zu arbeiten.“ (Verfassungsfragen 1947: 6)

In der „Begründung“ wird ausdrücklich auf die langjährigen Genossen und Gewerkschafter verzichtet, die ihre frühere Tätigkeit in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) fortgesetzt hatten. Selbst Philipp Scheidemann hatte nach der Kapitulation von 1933 in seinen *Schriften aus dem Exil* gefordert: Das Verhalten des Rumpfvorstands der SPD und der Vorstände der Gewerkschaften sei 1933 „kläglich und zum Erbarmen gewesen“ und „von den Führern, die in Deutschland bis zu ihrer Flucht ‚tätig‘ gewesen sind“, könne keiner „jemals wieder irgendwo in der Arbeiterführung führend tätig sein“. Ihre „Versuche, einen modus vivendi mit Hitler zu finden“, stünden „beispiellos da in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.“ (2002: 37ff.)

Die Folgen des Totschweigens der Berliner Forderungen nach 1945

Wie ist das nicht zur Kenntnis nehmen dieser Denkschrift aus dem faschistischen Deutschland heute zu erklären? Hatten doch selbst Vertreter des Exils wie Willy Brandt als getarnter norwegischer Student in Berlin Kontakt zur Gruppe im Herbst 1936 aufgenommen (vgl. *Brandt, Erinnerungen* 1989: 107ff.). Willy Brandt hatte mit der Berliner Gruppe schon vor 1933 den „geraden Weg der SPD in die Kapitulation“ kritisiert und 1931 die Partei verlassen. Eine Partei, so Brill, die auf ihrer letzten Reichskonferenz vom 26 April 1933 immer noch der „Nation und dem Sozialismus“ dienen wollte und deshalb am 17. Mai 1933 dem außenpolitischen Programm Hitlers zustimmte, der könne er nicht mehr angehören. So beschloss der ehemalige Landtags- und Reichstagsabgeordnete Brill, seine Partei zu verlassen. „Ich werde auch niemals mehr für die SPD arbeiten“, schrieb er am 30. August 1933, weil seine Partei Ende Mai 1933 nicht einmal zur Selbstauflösung fähig war. „Ich bin und bleibe

Sozialist. Sozialdemokrat bin ich für alle Zeiten gewesen“, lautete sein am 31. Januar 1934 formuliertes Bekenntnis. Er setzte fortan im Widerstand wie nach der Verhaftung und der Verurteilung wegen der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens im Juli 1939 vor dem Volksgerichtshof zu 12 Jahren Zuchthaus auch im KZ Buchenwald ab Dezember 1943 mit der Häftlingsnummer 21.358 und nach der Befreiung im April 1945 auf die Gründung einer neuen geeinten Arbeiterpartei jenseits der alten SPD und KPD. Im KZ-Buchenwald konnte Brill deshalb überleben, weil ihm KPD-Häftlinge dabei halfen, sich als Sanitäter in der Typhus-Quarantäne-Baracke zu verbergen. Federführend gründete er im Februar 1944 mit Sozialdemokraten (Ernst Thape, Benedikt Kautsky), Kommunisten (Walter Wolf) und Bürgerlichen (Werner Hilpert für die christlichen Demokraten) ein Volksfront-Komitee. Dem schlossen sich französische Sozialisten (Eugène Thomas) und Kommunisten (Marcel Paul) an, die mit anderen die *Plattform vom 1. Mai 1944* unterzeichneten. Das von Brill geleitete Volksfront-Komitee legte nach der Befreiung am 13. April 1945 das Buchenwalder Manifest *Für Frieden, Freiheit und Sozialismus* vor und veröffentlichte am 19 April 1945 Entschlüsse zur demokratischen Neuordnung Deutschlands, die im Lager von Buchenwald ebenso „von der ersten Mitgliederversammlung der KPD wie auch von dem Manifest der demokratischen Sozialisten voll inhaltlich aufgenommen worden sind.“ (Brill 1946: 93).

„Den Grundgedanken der Demokratie, den Sozialismus retten“

Die Kraft und der Einfluss des Unverdrossenen reichte noch, um sein seit 1936 immer wieder propagiertes Ziel der „völligen Erneuerung des deutschen Volkes“ wenigstens in Ansätzen zur Realität zu verhelfen. Brill setzte sich in Westdeutschland dafür ein, „aus einer zerrütteten Gesellschaft den Grundgedanken der Demokratie, den Sozialismus zu retten, und schließlich so aus einer erschütterten Welt eine bessere Welt aufzubauen“. Dazu trug er zunächst in Hessen bei. Dann ab August

1948 als einer der geistigen Väter des Bonner Grundgesetzes unter den 30 Staatsrechtsgelehrten, die am Verfassungskonvent von Herrenchiemsee teilnahmen und den *Verfassungsentwurf* vorlegten, der am 23. Mai 1949 als *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland* verabschiedet wurde. Dabei galt sein Hauptaugenmerk den Problemen, die schon 1936 die Forderungen des Zehn-Punkte-Programms ausmachten: dem Aufbau eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates mit gesicherten Bürger- und Menschenrechten, dem Ausbau der Selbstverwaltungsorgane und des Genossenschaftswesens wie auch der Notwendigkeit der Verstaatlichung der Banken, des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft. Auch das Buchenwalder Manifest war von der Erwartung ausgegangen, dass Deutschland ein baldiges Mitglied der „Weltorganisation des Friedens“ werden möge – bei gleichzeitiger Anerkennung seiner „schuldrechtlichen Verpflichtung der Wiedergutmachung der Schäden“, die unter der NS-Diktatur im Ausland angerichtet worden waren. Um diese Aufarbeitung systematisch voranzutreiben, initiierte Brill nach 1950 von Hessen aus als SPD-Bundestagsabgeordneter die Gründung des Instituts

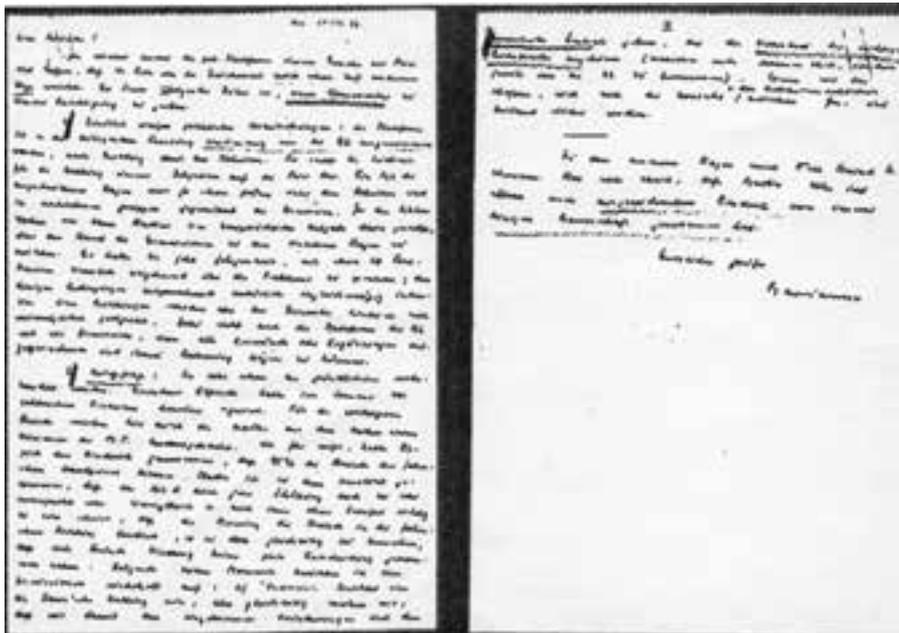
Freunden aus dem Widerstand um Eugen Kogon und Wolfgang Abendroth zu rufen nach Darmstadt bzw. Marburg. Und sie erleichterte die von ihm geforderte Rückkehr der Emigranten von Fritz Bauer über Ernst Fraenkel bis zu Siegfried Landshut, Osipp K. Flechtheim und Franz L. Neumann, mit denen er u.a. vor 1933 in der Sozialistischen Heimvolkshochschule Tinz bei Gera zusammengearbeitet hatte.

Warum geriet die Programmplattform von Hermann Brill nach 1945 in Vergessenheit und was machte Willy Brandt 1936 in Berlin?

Liegen die Ursachen dieses Verdrängens in beiden Teilen Deutschlands nicht nur bei seinen Gegnern im konservativen Lager und bei der KPD, sondern vielleicht auch bei seinen ehemaligen Freunden und Mitstreitern, die einst aus Enttäuschung über die Politik des Parteivorstands mit Brill die Sozialdemokratie verlassen hatten und 1945 auf eine sozialistische Einheitspartei setzten? Eine unabhängige Partei, nicht von oben verordnet, sondern die aus ge-

Zweiling und Walcher in die SBZ gingen, die sich bald dem Druck von Walter Ulbricht nicht gewachsen zeigten, die mit Anton Ackermanns „deutschem Weg zum Sozialismus“ scheiterten und anschließend den von oben vorgegebenen Weg zur SED freiwillig oder widerstrebend mit beschreiten sollten. Ebenfalls mussten sich seine Freunde in den Westzonen nach dem Scheitern der Arbeiterinitiativen von unten für eine der beiden alten, von oben wiedergegründeten Arbeiterparteien entscheiden oder sich verweigern. Das betraf die Mitglieder der Zwischengruppen der Arbeiterbewegung, die als Verfechter der Einheitspartei lange zögerten, bevor sie sich wie Abendroth, Brill, Brenner und Brandt entschieden, einen Wiederaufnahmeantrag in der SPD zu stellen oder mit Willy Bleicher, Erich Söchtig, Karl Grönsfelder und Hans Mayer zur KPD zu gehen. Sie waren es auch, die vom Ausland aus die Kontakte zur Gruppe der deutschen Volksfront in Berlin aufrechterhalten hatten. Schon deshalb ist es erstaunlich, wie ungenau nachträglich Erinnerungen an diese Zeit aus der Sicht einiger der Betroffenen bleiben, die den direkten Kontakt zur Brass-Brill-Gruppe zwischen 1935 und 1939 pflegten. Konkretisieren wir diesen Tatbestand an den Erinnerungen von Willy Brandt (1989: 107-114).

Die SAP-Auslandszentrale entsandte Willy Brandt Mitte September 1936 von Oslo über Paris für drei Monate nach Berlin – als Student getarnt mit einem norwegischen Pass auf dem Namen Gunnar Gaasland. Er nahm u. a. Kontakt zu Fritz Erler auf, der zur Gruppe *Neu Beginnen* und zur *Deutschen Volksfront* gehörte. Insgesamt konnte seine Parteilgruppe (SAP) zu diesem Zeitpunkt noch auf 200 Mitglieder in „Metro“ (Berlin) zählen, wie er in seinem Bericht an den Parteivorstand der SAP notierte. Unter dem Berliner SAP-Decknamen „Martin“ schrieb Brandt in dem mit „Marianne“ unterzeichneten Brief vom November 1936: Die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit und Einheit in Berlin seien gut, weil alte Abgrenzungen bereits abgetragen wären. Stärkste Gruppe bleiben die KP-Anhänger. Wichtig aber sei, das organisatorische Wachstum der Einheit und die Aufrechterhaltung innerer



Handschriftliche Notizen von Willy Brandt

für Zeitgeschichte in München. Und Brill plädierte für die Einrichtung von Lehrstühlen für die Wissenschaft von der Politik an den deutschen Universitäten. Diese Initiative verhalf seinen

meinsamer Überzeugung entstehen und unter kritischer Aufarbeitung der Fehler von SPD und KPD gegründet werden sollte? Das betraf nicht nur seine alten Mitstreiter, die mit Brass,

Demokratie weiter zu fördern. Mit Überraschung nahm er zur Kenntnis, dass auch die Berliner Genossen von einer drohenden Kriegsgefahr ausgingen, so dass der „Kurs auf Flucht in den Krieg“ keineswegs als „Emigrantenphantasien“ abgetan werden könne. So Brandt als einer der vier Berliner Delegierten auf der „Kattowitzer Konferenz“ der SAP, die zum Jahreswechsel 1936/37 in Mährisch-Ostrau stattfand.

In der *Marxistischen Tribüne* vom März 1937 fasst Willy Brandt die Erfahrungen der „illegalen Kampffront“ in Berlin noch einmal zusammen, um diese an die SAP-Kader im Exil weiterzuvermitteln. Die „Nüchternheit“ der illegalen Arbeit im Inland konfrontiert er mit der Warnung vor der Überbetonung von „Ismen“ unter den Exilvertretern: „Denkt immer daran, dass für den einfachen Menschen das Leben nicht nur aus ‚Ismen‘ besteht, sondern aus Essen, Schlafen, Fußballspielen, Kanarienvögeln, Schrebergarten und anderen schönen Dingen. Und vergesst nicht, dass es Lenin war, der vorschlug, mit der Forderung nach ‚Teewasser‘ Leben in den Betrieben auszulösen. Wir müssen lernen, nicht immer von der hohen Politik zu reden, sondern zu ihr den Weg durch das jeweilige Teewasser zu bahnen.“ (vgl. dazu Willy Brandt: *Berliner Ausgabe*, Bd. 2: *Zwei Vaterländer*, 2000: 242-264)

Europäische Friedensziele der demokratischen Sozialisten nach wie vor aktuell

Ähnlich wie Brill und Abendroth setzte Brandt nach Ende des Krieges weiter auf die Einheitsfront. Gegen den „Fluch der Zersplitterung“ argumentierte er ab Anfang Februar 1945 aus Anlass der von den Alliierten in Jalta beschlossenen Teilung Deutschlands in Besatzungszonen (Brandt 2000: 239). Folgt man den in der Berliner Ausgabe nicht vollständig abgedruckten Aufzeichnungen Willy Brandts vom 9. Februar 1945 zu den Folgen der Konferenz von Jalta, dann finden wir dort weitgehende inhaltliche Übereinstimmungen mit dem Zehn-Punkte-Programm und dem Buchenwalder Manifest von Brill: „Zur Überwindung der deutschen Tragödie: den Feinden im Innern Herr



Europäisches Gespräch
in Hattora (Westfalen)

Von links nach rechts:
Dr. Smolnik Katsky,
Grae (Sohn des
sozialistischen
Parteiorganisations-
Kassenschriftf. a. D.
Prof. Hermann L. Brill,
Prof. Dr. Eugen Kasper,
Frankfurt,
Hans Beumhöfer,
Dortmund.

Foto: DGB-Bildstelle

zu werden, das unglückselige Sektierertum, den Dogmatismus, das Schwanken zwischen Zersplitterung und Unterstellung zu beenden. Enteignung des Großgrundbesitzes, der Banken und Konzerne. Einheit von: den im Inneren überlebenden Gewerkschaften und übrigen Vertrauensleuten der antinazistischen Arbeiterschaft, der Kirchenopposition, der nicht durch den Nazismus prostituierten deutschen Intellektuellen, der im Moskauer Nationalkomitee vertretenen Gruppierungen aus dem kommunistischen Sektor, der aufbauwilligen Kräfte aus dem sozialistischen und bürgerlich-demokratischen Lager der Emigration.“ (Aufzeichnungen von Brandt vom 9.2.1945, vollständig zitiert bei Peter Weiss, *Notizbücher 1971-1980*, Bd. 1: 78-81, hier S. 80f.)

Und noch am 7. November 1945 schreibt Brandt aus Lübeck an seinen Lehrmeister aus den Jahren des Widerstands, Jacob Walcher in Berlin: „In der Parteifrage wünschen wir (die Lübecker Genossen, J.W.) eine Einigung des gesamten Proletariats. Aber auch hier sind die Bestrebungen von gewissen alten Führern der SPD und KPD im Gange, die ihre alten Ziele von damals wieder zu verwirklichen suchen.“ (Brandt 2000: 255).

Die Erinnerung an Brill ver-schwindet in den späteren Aufzeichnungen einiger seiner Freunde von einst, die sich wie Brandt wohl an Fritz Erler, den späteren Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag, erinnern, nicht aber an Brass, Brill oder Ackermann. Brill wiederum berichtete nach 1945 äußerst zurückhaltend über Erlers Mitarbeit in ihrer Widerstandsgruppe und im Rahmen des Prozesses vor dem Volksgerichtshof.

Es ist also kein Zufall, dass wir über den widerständigen Brill wenig oder gar keine Hinweise in wissenschaftlichen Abhandlungen oder in den großen biographischen Lexika finden. Selbst das *Lexikon Linker Leitfiguren der Büchergilde Gutenberg* von 1989 meint auf Brill verzichten zu dürfen. So ist man neben der 1992 vorgelegten Biographie von Manfred Overesch auf das Handbuch *Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten* angewiesen, das 1997 von Außen-seitern der Zunft herausgegeben wurde. Persönlichkeiten wie Brill oder Walter Hammer werden hier beachtet – als Repräsentanten einer Generation, die in Zeiten revolutionärer Veränderungen von links oder rechts sich meist vergeblich um Neuanläufe demokratischer Bewegungen in Deutschland bemühten, weil sie an den inneren Widersprüchen, Diskontinuitäten und Brüchen zwischen den bürgerlichen Demokratiebewegungen und dem sozialistischen Lager scheiterten.

Verlorengegangen sind dabei jene Vorstellungen von einer europäischen Friedensordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, die exemplarisch von Brill und seinen Mitstreitern als „Buchenwalder Manifest der demokratischen Sozialisten: Für Freiheit, Frieden, Sozialismus“ formuliert wurden. Er knüpfte dabei an jene Diskussionen an, die er mit seinen vertrauten Genossen aus den Reihen von *Neu Beginnen* um Richard Löwenthal und Paul Hertz 1934 begonnen hatte. Zeitlich und inhaltlich parallel dazu hatten im schwedischen Exil Willy Brandt, Bruno Kreisky, Irmgard und Au-

gust Enderle, Fritz Bauer und Gunnar Myrdal mit anderen Emigranten die *Friedensziele der demokratischen Sozialisten* in Stockholm verabschiedet. Die Buchpublikationen von Stephan Szende (*Europäische Revolution*), Gunnar Myrdal (*Warnung vor Friedensoptimismus*) und Fritz Bauer (*Die Kriegsverbrecher vor Gericht*) von 1945 in der Reihe *Neue Internationale Bibliothek* des Europa-Verlages (Zürich/New York) dokumentieren diese Visionen einer neuen „Gesellschaftsrevolution“ als Fundament der Demokratie, die vor dem Hintergrund der leidvollen Erfahrungen der beiden Weltkriege den Begriff der Nation selbst zur Diskussion stellt, mit dem so viel Missbrauch getrieben wurde: „Europas Krankheit ist der Nationalismus“. Ideen und Projekte aus Buchenwald und Stockholm, die in der europäischen Krise von heute zunehmende Aktualität gewinnen könnten, wenn man sie endlich zur Kenntnis nehmen würde. Der damals 26-jährige Willy Brandt hatte diese Diskussion schon Ende 1939 von Norwegen aus mit dem „Traum von Europas Vereinigten Staaten“ und dem Buch vom April 1940 über „Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa“ eingeleitet. Als Voraussetzung einer internationalen Neuordnung hält er dort fest, „dass sich die Gesellschaften von kapitalistischer Profitherrschaft freimachen und zur gesellschaftlichen Planwirtschaft übergehen“. Das friedliche Zusammenleben der Völker müsse mit Hilfe gültiger internationaler Gesetze auf der „Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Völkerrechts“ abgesichert werden. (Brandt 2002, Berliner Ausgabe, Bd.1, S.452-458; 468-495).

Als der gleichaltrige Arno Behrisch, einer der engsten Mitstreiter von Brandt im Exil, am 20. Oktober 1986 in Nürnberg an die von ihm mit verfasste „Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten“ von 1942/43 erinnerte, unterbrach der entschiedene Gegner der Wiederaufrüstung, der Notstandsgesetze und des Radikalenerlasses seine Ausführungen immer wieder mit der Bemerkung: „Liebe Willy, hast Du das ganz vergessen?“ (Arno Behrisch, *Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten*, in: Jörg Wollenberg [Hg.]: *Von der Hoffnung aller Deutschen. Wie die BRD entstand 1945-1949*, Köln 1991, S.281-307).

Jörg Wollenberg

Jörg Wollenberg, Jg. 1937, seit den 1960er Jahren Lehr- und Leitungstätigkeit an (Heim-)Volkshochschulen, Bildungszentren, Gewerkschaftsschulen und NS-Gedenkstätten. Von 1978 bis zum Ruhestand 2002 Professor für Weiterbildung an der Universität Bremen, Mitglied der IG Metall und der GEW.

Der Beitrag ist eine Kurzfassung des Hermann Glaser zum 85. Geburtstag gewidmeten Referates vom 25.10.2013 in Weimar im Rahmen der Vortragsreihe der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Der vorliegende Artikel erschien zuvor im Heft Nr. 12, Dezember 2013 der Zeitschrift **Sozialismus**.

Kontakt zu der Redaktion Sozialismus:
Postfach 10 61 27 | D-20042 Hamburg
Fax 040 / 28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de
www.sozialismus.de

Literatur

Brandt, Willy (1989): *Erinnerungen*, Frankfurt/M
Brandt, Willy (2000): *Berliner Ausgabe*, Bd. 2: *Zwei Vaterländer*, Bonn

Brill, Hermann (1946): *Gegen den Strom*, Offenbach
Brill, Hermann (1947): *Verfassungsfragen*, Bremen

Langkau-Alex, Ursula (2004/05): *Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau*, Band I-III, Berlin

Mann, Klaus (1944-1949): *Tagebücher*, Reinbek 1995

Scheidemann, Philipp (2002): *Das historische Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil*, Lüneburg

Weiss, Peter (1981): *Notizbücher 1971-1980*, Bd. 1, Frankfurt/M

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 180 Sommer 2013, 40 S.

- Keine Schicksalswahl
- Die Demontage des Sozialstaates
- Vom Elend der Rechtsschulungen für Betriebsräte
- Lateinamerika nach Chavez
- Neues vom Bauarbeiterstreik in Großbritannien von 1972
- Warum hat die DDR-Arbeiterschaft 1989/90 ihr Volkseigentum nicht verteidigt?

Nr. 179 Frühjahr 2013, 36 S.

- 80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften – Das Beispiel Bremen
- „Buchstäblich stehen wir vor dem Nichts...“ Biographie Fritz Schreiters
- Kommt Kolumbien dem Frieden näher?
- Breaking the Silence – das Schweigen brechen
- Gegen die Gewerkschaften – 30 Jahre Neoliberalismus in Großbritannien
- Neuer Normalarbeitstag: Kurze Vollzeit für Alle!

Nr. 178 Winter 2012/13, 36 S.

- Der Finanzkrise nächster Akt
- Spanien – Die Abwärtsspirale dreht sich weiter
- Spendenaufruf Griechenland
- Die Leichtlebigen – über den Charakter einer Regierung
- Wahlachse Venezuela
- Der grosse Sieg des Raubgesindels
- Zum 130. Geburtstag von Karl Grönsfelder
- Unsere Jahreskonferenz & Zur Lage der Gruppe

Nr. 177 Herbst 2012, 36 S.

- Auf der Mülldeponie des fiktiven Kapitals
- Nordkorea: Die gefrorene Revolution, Teil III und Schluß
- Türkei, Träume von der Hegemonie
- BergarbeiterInnenstreik in Nordspanien
- Keine Bremse für die Gier – Agenda 2020 muss her!
- Rosa Luxemburg und die Bremer Linke

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Schuldenkrise ist die Steuererhebungskrise Niedriglöhne und für die Reichen Niedrigsteuern/Nullsteuern

Das Gebiet „Steuern“ ist seit jeher ein hart umkämpftes Terrain. Im Spiegel der Programme der (deutschen) Arbeiterbewegung schlägt sich dies beginnend mit dem Gründungsdokument Manifest der Kommunistischen Partei über zahlreiche Programme der SPD nieder. Verbindende Klammer der klassischen Arbeiterbewegung war immer, dass im Kern die Einkommensteuer progressiv zu erheben sei. Die Umsatzsteuer hingegen war als unsoziale indirekte Steuer abzulehnen und abzuschaffen.

„Vollzugsdefizite“ in der Besteuerung der großbetrieblichen Einheiten

Die aktuelle Wahlbewegung in 2013 beförderte die Diskussion über Defizite der Konzern- und Bankenbesteuerung. Hier vor allem die Diskussion über Gewinnverlagerungen in „Steuroasen“ mit Niedrig- oder sogar Nullsteuerbelastungen. In loser Folge griff die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung-FAS* das Thema mehrere Male ganzseitig auf. So z. B. in der Rubrik *Geld & Mehr* am 7. April 2013; dort wird unter der Leitfrage „Wie funktioniert die globale Steuerflucht?“ der Versuch unternommen, mittels 15 Fragen Antworten zu finden. Am 18. August 2013 – nun im Bereich *Wirtschaft* – erscheint ein „Schlachtenbericht“ des Autors Georg Meck unter der Überschrift „Ab in die Steueroase“. Hier taucht die Frage auf: „Wie viel Geld wird dem Staat vorenthalten?“. Die Frage „Wo ist die schönste Oase?“ wird so beantwortet: „Die attraktivste Oase liegt nicht in der Karibik, sondern mitten in Europa: in den Niederlanden...“ Georg Meck hat sich eingeschossen. Wiederum in der *Wirtschaft* am 1. September 2013 nun die Balkenüberschrift „Und ewig lockt Holland“; darunter: „Die Niederlande sind die neuen Bermudas: Keine Steueroase zieht mehr deutsche Konzerne an. Und alles ganz legal.“

Um keine Irritationen aufkommen: Natürlich verfügt auch die Bundes-

republik Deutschland über Niedrigsteuer- und auch Nullsteuerbereiche. Darüber wird zu berichten sein. In Deutschland (hier besonders auch in Frankfurt am Main und im Nahbereich) befinden sich zudem große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (KPMG, Price Waterhouse Coopers, Ernst & Young etc.), die „steueroptimierte“ Modelle passgenau auf die Bedingungen der großbetrieblichen Einheiten beraten. Natürlich werden die horrenden Beratungskosten zusätzlich zu Lasten der Konzern-Gewinne gebucht, was auch die Belastung mit Körperschaftsteuer senken hilft. Über „Lizenzgebühren“ und „Verrechnungspreise“ werden immense Gewinne aus der Bundesrepublik Deutschland in „Steuroasen“ verlagert und damit einer hiesigen Besteuerung entzogen. Die „Offshore“-Gebiete bzw. „Steuroasen“ sind als Ziele bekannt: Die meist steuerfrei operierenden Zonen sind z. B. die Kaiman-Inseln, die Bahamas, Bermudas; aber auch in Europa stehen derartige Offshore-Zentren zur Verfügung, wie z. B. die Großbritannien vorgelagerten Kanal-Inseln. Auch die USA halten eine Steueroase vor: Delaware (ein US-Bundesstaat mit übler Sklavengerichte). EU-Staaten wie Luxemburg, Holland, Österreich aber auch Deutschland verfügen über eigene Steuroasen.

Auch eine „stille Subvention“ für die Großbanken z.B. des Landes Hessen (zur Stärkung des Banken-Standortes Frankfurt) war die Abschaffung der Bankenbetriebsprüfungsgruppe der Finanzverwaltung und die harte Disziplinierung von engagierten Finanzbeamten mit sozialstaatlicher Orientierung. Die Schweiz bietet als Niedrigsteuerland zudem noch das „Bankgeheimnis“ und als besondere Dienstleistung das anonyme „Nummern-Konto“.

Seit vielen Jahren zahlen Großkonzerne und Großbanken niedrige oder keine Ertragsteuern. Das skandalös niedrige Körperschaftsteueraufkommen auch in Deutschland ist Ausdruck dieser Steueraufkommenskrisis. Wo keine Gewinne mehr besteuert werden können, entfällt auch die für die Städte und Gemeinden wichtige Gewerbe(ertrag)steuer. Mit dieser Steuer sollen die Gemeinden die „Arbeitnehmerfolgekosten“ stemmen und die städtische Infrastruktur (z. B. öffentlicher Personennahverkehr, Kinderbetreuung, kulturelle und soziale Infrastruktur als sog. weiche Standortfaktoren) finanzieren. Die Gewerbebesteuerung ist ein wichtiges Mittel kommunaler Selbstverwaltung. Obwohl vor allem auch die großen betrieblichen Einheiten von der vorgehaltenen städtischen Infrastruktur massiv profitieren, tragen sie nicht zu deren Finanzierung bei. Es kann nicht sein, dass nur Lohnabhängige und kleinere Unternehmen die staatliche Infrastruktur bezahlen.

Zum Steueraufkommen der Bundesrepublik Deutschland

Angaben in Milliarden Euro	2010	2011	2012
Steuern gesamt	530,6	573,3	600,0
Lohnsteuer	127,9	139,7	149,06
Körperschaftsteuer	12,0	15,6	16,9
Umsatzsteuer	180,0	190	194,6

Kommentierung des Steueraufkommens:

Das Steueraufkommen ist zwischen 2010 und 2012 um knapp 70 Milliarden € rasant angestiegen. Auf Grund des Anstieges der Beschäftigung (unter thematischer Ausklammerung des Niedriglohnsektors, der Leiharbeit, der Praktikumsbeschäftigung etc.) ist das Lohnsteueraufkommen im selben Zeitraum um allein

ca. 22 Milliarden € angestiegen. Da das Kindergeld (das jährlich ca. 30 Milliarden € beträgt) aus dem Lohnsteueraufkommen als Steuerleistung gewährt wird, ist das jährliche Aufkommen noch jeweils um ca. 30 Milliarden höher anzusetzen. Die Umsatzsteuer stieg im selben Zeitraum von 180 Milliarden um knapp 15 Milliarden auf 194,6 Milliarden € an. Auch bei der Körperschaftsteuer ist ein Anstieg zu verzeichnen. Sie beträgt – wie oben auch angegeben – jedoch bezogen auf das jeweilige jährliche Gesamtaufkommen lediglich keine drei Prozent. Die Körperschaftsteuer ist von den juristischen Personen des privaten Rechts zu entrichten. Zu diesen gehören in Deutschland ca. 18.000 Aktiengesellschaften und knapp einen Millionen GmbH's. Die GmbH's (z.B. die kleinen „Handwerker“-GmbH's) werden häufig so beraten, dass über „angemessene“ Geschäftsführer-Gehälter (das prüft das zuständige Finanzamt!) der Gewinn auf eine Restgröße gemindert wird. Das mindert unstrittig die körperschaft- und gewerbeertragsteuerliche Belastung der GmbH. Geschäftsführer - Gehälter werden jedoch als Lohn der Lohnbesteuerung unterworfen. Wenn nun die GmbH's als körperschaftsteuerzahlende Subjekte ausgeschieden werden (was natürlich unzutreffend ist), verteilt sich das Körperschaftsteueraufkommen auf die restlich verbliebenen 18.000 hiesigen Aktiengesellschaften. Darunter sind so gut wie alle (wirtschaftsstarken) Großkonzerne, Großbanken und Großkonzerne zu fassen. Diese tragen wirtschaftlich 2,82 % des Gesamtsteueraufkommens des Jahres 2012. Und das ist das Politikum. Ist dies die über das Sozialstaatsgebot gebotene Besteuerung entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit?

Zum Körperschaftsteuersatz

Die Besteuerung der juristischen Personen des privaten Rechts (AG, GmbH, KGaA, etc.) wurde umgestellt vom sog. Anrechnungsverfahren auf die Definitivbesteuerung. Im Rahmen der alten Besteuerung konnten Körperschaftsteuerguthaben entstehen. Nach diversen Steuerrechts-Änderungen erfolgt nunmehr in den Jahren 2008–2017 die ratenweise Auszahlung dieser Körperschaftsteuerguthaben an

die juristischen Personen des privaten Rechts. Diese Auszahlungen belasten das Körperschaftsteueraufkommen.

Durch die Absenkung des Körperschaftsteuertarifes von 25 auf 15 Prozent im Rahmen der Großen Koalition 2008 ist das Körperschaftsteueraufkommen ebenfalls unter Druck geraten.

Betrug das Körperschaftsteueraufkommen 2007 noch 22,929 Milliarden, sank es 2008 um 7,029 Milliarden auf nunmehr nur noch 15,9 Milliarden Euro. Durch die diversen Änderungen ist das Aufkommen um 30,65% gesunken. Das Aufkommen hat sich seitdem prozentual und nominal auf diesem niedrigen Wert „stabilisiert“.

Dimensionen der „aggressiven Steuergestaltung“

„(...) Wie viel Geld wird dem Staat vorenthalten? Schwer zu sagen: Was ist an Steuergestaltung noch akzeptiert, was aggressiv? Wer mag darüber richten? Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) traut sich, 90 Milliarden Euro büße der Staat pro Jahr ein, haben DIW-Forscher ausgerechnet. Die Brüsseler EU-Kommissare schätzen noch großzügiger: Sie beziffern den Schaden für die EU-Staaten auf rund eine Billion Euro, wobei 160 Milliarden Euro auf Deutschland entfallen. (...)“

*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung,
18. August 2013*

Nullbesteuerung bei Veräußerungen – „Steeroase“ im Körperschaft-Steuerrecht

SPD-Grün stellte ab 2000 die Veräußerung von strategischen Beteiligungen, die die Unternehmen (AG, GmbH etc.) im Anlagevermögen hielten, körperschaftsteuerfrei. Die Ankündigung dieser Rechtsänderung durch den damaligen SPD-Finanzminister Hans Eichel (der Oskar Lafontaine Ende 1999 folgte), führte zu einem „Kursfeuerwerk“ an der Börse. Lafontaine wollte zumindest eine Mindestbesteuerung; Eichel setzte zusammen mit Schröder die „Nullbesteuerung“ durch. Dieser 8 b-Körperschaftsteuergesetz wird im Subventionsbericht der Bundesregierung nicht als Subventions-Tatbestand aufgeführt. Der Einnahmeverzicht

des Staates ist bisher nicht beziffert worden. Es muss sich um horrenden Milliardensummen handeln. Mit den steuerfreien Kapitalbeteiligungsveräußerungen konnten sich Großbanken und Großbetriebe eine riesige Liquidität schaffen.

Zur Wirkweise der Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist eine verbrauchsteuerähnliche Verkehrssteuer. Wirtschaftlich trägt sie nur der private Endverbraucher. Für die normalen Unternehmer ist die Umsatzsteuer ein „durchlaufender Posten“, der sie wirtschaftlich nicht belastet. Der Unternehmer vereinnahmt die Umsatzsteuer treuhänderisch für den Staat und führt sie an den Staat ab. Für die Vorumsätze ist der Unternehmer zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Die Umsatzsteuer ist eine unsoziale Steuer, weil die Privatpersonen mit kleinem Einkommen/Renten-Bezügen/Transferleistungen (Hartz IV) als Endverbraucher vergleichsweise höher belastet werden als Gut- und Bestverdienende. Vergleichsweise hohe Beträge an Umsatzsteuer haben Kleinverdiener zu zahlen, weil sie ihre gesamten Monatsmittel für Essen, Strom, Heizung, Kleidung etc. verausgaben müssen. Lebensmittel etc. werden mit 7 und Strom,

Die Umsatzsteuersenkung ist möglich

Sieben Prozent Umsatzsteuer für die Übernachtungsumsätze der Hotels etc. (kleine Gedächtnisauffrischung)

Horst Seehofer von der CSU und auch die FDP setzten sich vehement für die Absenkung des 19 Prozentigen-Regelsteuersatzes auf sieben Prozent für Hotelübernachtungsumsätze ein. Seit dem 1. Januar 2010 unterliegen nun die Übernachtungsumsätze der Hotels etc. dem ermäßigten Steuersatz. Die Absenkung der umsatzsteuerlichen Belastung auf nur noch sieben Prozent führte jedoch nicht zu abgesenkten Hotelübernachtungspreisen. Das war von den Politikern so gewollt. CSU/FDP argumentierten, dass die so erhöhten Gewinne in die Renovierung bzw. der Sanierung der Hotels etc. fließen sollten ...

Heizung, Kleidung mit 19 Prozent Umsatzsteuer belastet.

Staatsfinanzierung nur aus „Arbeitnehmerhand“?

Vom Sozialstaatsgebot und einer Besteuerung, die dem Leistungsprinzip folgt:

Der Steuerstaat Bundesrepublik Deutschland wird im Kern mit Massensteuern wie Lohn- und Umsatzsteuer finanziert. Rechnet man die Verbrauchsteuern wie Energiesteuer, Stromsteuer und Tabaksteuer hinzu, wird dies noch deutlicher. Gebot des Grundgesetzes jedoch ist, dass die Steuern unter sozialstaatlichen Aspekten zu erheben sind (also „gerecht“ mit Blick auf das Sozialstaatsgebot Artikel 20 GG) und auch unter sozialstaatlichen Aspekten zu verausgaben sind. Der Sozialstaat hat zwingend den „gerechten“ Steuerstaat zur Voraussetzung, so dass unterschiedslos für alle Steuersubjekte eine Besteuerung entsprechend der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (unter Einschluss der großbetrieblichen Einheiten!) zu erfolgen hat: „Breitere Schultern sollen mehr tragen können als schmale Schultern!“

„Stille Subvention“ der wirklich Reichen:

Die Vermögensteuer wird seit dem 1. Januar 1997 nicht mehr erhoben. Deren Aufkommen stand den Bundesländern zu. Mit rund 6 Milliarden D-Mark war das Aufkommen 1994 mit 0,8 Prozent des gesamten Steueraufkommens zu beziffern. Durch Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 22. Juni 1995 wurde das Vermögensteuergesetz teilweise für verfassungswidrig erklärt. Das betraf die Ungleichbehandlung von Barvermögen zu Grundstücken. Grundstücke wurden generell nur zu einem Wert von einem 1/6 bis zu 1/8 ihres tatsächlichen Wertes (mit den sog. Einheitswerten) in Ansatz gebracht. Ein Problem, das lösbar ist.

Bisher wurde jedoch keine verfassungskonforme Neuregelung geschaffen, so dass das Vermögensteuergesetz auf dem Papier weiterbesteht. Das bedeutet aber auch, dass jederzeit über eine Reaktivierung der

Vermögensteuer entschieden werden kann. Der Gesetzgeber hat die Vermögensteuer nicht abgeschafft; er verzichtet jedoch auf die Erhebung. Rechnet man das jährliche Vermögensteueraufkommen von ca. 3 Milliarden auf die 16 Jahre der durch die Politik gewollten Nichterhebung hoch, so sind die wirklich Reichen um knapp 50 Milliarden Euro reicher geworden.

Die (lineare) 25%tige Abgeltungssteuer

Kapitalerträge (Zinseinnahmen etc.), die nach dem 31. Dezember 2008 zufließen, werden linear nur noch mit 25% einheitlich besteuert. Sie wurden von der damaligen Großen Koalition quasi aus der regulären Besteuerung mit den jeweiligen individuellen Steuersätzen herausgenommen und einer eigenen Besteuerung zugeführt, die unserem Steuer-System wesensfremd ist („Schedulbesteuerung“). Die Steuerpflichtigen, die im Spitzensteuersatzbereich ihre Einkünfte zu versteuern haben, werden dadurch begünstigt. Statt 42 bzw. 45 Prozent müssen diese Personen nur noch 25% an Ertragsteuern zahlen.

Zu „Lizenzgebühren“ und „Verrechnungspreisen“

In den Niederlanden (auch dort werden natürliche Personen ganz ordentlich besteuert) gelten besonders niedrige Steuersätze für Einnahmen, die aus Patenten und Lizenzen entstehen. In der Fernsehsendung *plusminus* (WDR/ARD) vom 5. Dezember 2012 wird das bezogen auf den Internet-Riesen Google so beschrieben: „(...) Das Nutzen auch Internetkonzerne wie etwa Google. Der Konzern verkauft für wenige Cent je Mausblick Werbung. Die Einnahmen summieren sich allein im deutschen Teil des Internets auf Milliardenbeträge. Der deutsche Staat geht aber weitgehend leer aus, denn die Werbetreibenden erhalten von Google Rechnungen aus Irland. Dort gelten generell niedrige Steuersätze, doch für Google scheinbar noch nicht niedrig genug. Ein Großteil der Erlöse lässt Google als Lizenzgebühr für Patente an eine niederländische Tochter fließen. Die dank niederländischem Steuerrecht fast unbesteuerten Gewinn

ne werden schließlich bei einer weiteren Google-Tochter im Steuerparadies Bermudas gesammelt.“ Der Möbel-Riese IKEA verfährt ähnlich: Er lässt fünf Prozent des Umsatzes als Lizenzgebühren an IKEA-Niederlande fließen. Damit ist der deutsche Gewinn „abgeräumt“, denn die Lizenzgebühren haben als Betriebsausgaben in Deutschland den hiesigen Gewinn wie das Eis in der Sonne dahinfließen lassen. So verwundert es nicht, wenn die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, vom 1. September 2013 informiert: „(...) Die Zahl der Tochtergesellschaften deutscher Konzerne in den Niederlanden hat sich binnen zwölf Jahren mehr als versechsfacht. (...)“ Im selben Artikel wird in einer Übersicht 825 Tochtergesellschaften deutscher Konzerne (Stand 2009) in den Niederlanden angegeben.

plusminus zitiert Prof. Jarass, wenn eine weitere „klassische Methode“ zur Gewinnverlagerung an einem Beispiel aus der Möbelbranche mit sog. „Verrechnungspreisen“ genutzt wird: „(...) Möbel werden vielleicht in Litauen kostengünstig produziert, für kleines Geld an eine konzern-eigenen Zwischenhandelsgesellschaft in der Schweiz weiterverkauft. Von dieser Konzerngesellschaft kauft man teuer die Möbel ein und verkauft sie dann in Deutschland. Klar ist, der Gewinn fällt dann nicht in Deutschland an, sondern im Wesentlichen in der Schweiz bei der konzern-eigenen Tochtergesellschaft. Damit kann der Gesamtgewinn des Konzerns weitgehend unbesteuert bleiben.“ Die „Verrechnungspreise“ werden durch die deutschen Steuerbehörden geprüft. Angesichts des niedrigen Körperschaftsteueraufkommens dürfte diese jedoch regelmäßig Verlierer sein und damit auch der deutsche Steuerstaat. Die Verrechnungspreise müssen den Fremdvergleichsgrundsatz entsprechen. Es besteht eine breite Palette, betriebswirtschaftlich diese Preise zu bestimmen. Im Außensteuergesetz ist ein 3-stufiges Verfahren festgeschrieben: Preisvergleichsmethode, Wiederverkaufspreismethode, Kostenaufschlagsmethode. Wenn keine uneingeschränkt vergleichbare Fremdvergleichswerte vorliegen, ist eine z.B. gewinnorientierte Methode anzuwenden. Daneben gibt es auch den sog. hypothetischen Fremdvergleich. Durch das Unternehmens-

steuerreformgesetz 2008 wurde das Außensteuergesetz um Regelungen zur Besteuerung von Funktionsverlagerungen nach dem sog. Transferpaketansatz ergänzt.

Mit Lizenzgebühren und Verrechnungspreisen operieren selbstverständlich z.B. alle in Deutschland aktiven Mineralölkonzerne. Um ungerechtfertigte Steuergestaltungen zu vermeiden, müssen die Großbetriebe und Großbanken etc. zu mehr Transparenz verpflichtet werden (gegebenenfalls durch die Lockerung des „Steuergeheimnisses“). Das ist auch demokratiepolitisch geboten.

Mögliche Schritte:

1. Bilanzen und Gewinn sind konzernweit auszuweisen
2. aufgeschlüsselt nach den Ländern sind die Ertragsteuer zu veröffentlichen (Lockerung des „Steuergeheimnisses“)
3. Angestellte und Arbeiter sind nach Produktionsstätten und Ländern aufgeschlüsselt zu führen
4. im Bilanzbericht sind gehaltvolle Angaben zu Lizenzgebühren und Verrechnungspreisen zu machen
5. in der Gewinn- und Verlustrechnung sind diese tief gegliedert aufzuführen
6. im deutschen elektronischen Handelsregister (EHUG) sind neben dem deutschen Abschluss auch die Punkte 1. bis 5. abzubilden

Beseitigung des Steuergeheimnisses für alle DAX-30- und M-DAX-Unternehmen

Die erhöhte Publizität sollte alle großbetrieblichen Einheiten in Abhängigkeit eines bestimmten Umsatzes und/oder Gewinnes erfüllen müssen. Eine Lockerung bzw. Beseitigung des Steuergeheimnisses (§30 Abgabenordnung (AO) kann mit einem großen „öffentlichem Interesse“ – wenn „... zwingendes öffentliches Interesse besteht...“ – begründet werden, da die Unternehmen „systemisch relevant“ sind und „Rettungsschirme“ die öffentlichen Haushalte belasten. „Systemisch relevante“ Unternehmen sind so marktstark, dass bei krisenhafter Entwicklung dieser Unternehmen ganze Volkswirtschaften massiv unter Druck geraten können.

Kleiner Fahrplan für ein ambitioniertes Steuerprogramm im Lichte eines Beitrages des hessischen Spitzenkandidaten der SPD

Der SPD-Spitzenkandidat in Hessen Th. Schäfer-Gümbel kommt mit seiner Forderung nach „Trockenlegung des Steuersumpfes“ (Frankfurter Rundschau 13. August 2013) im Gastbeitrag „Null-Toleranz gegen Steuerhinterziehung“ forsch daher. Bei der Beschreibung des „Steuersumpfes“ klammert er Großbanken und großbetriebliche Einheiten aus. Warum benennt er nicht die Beteiligung der Deutschen Bank an einem kriminellen „Umsatzsteuerkarusell“, dass nach Presseangaben einen Umsatzsteuerschaden von ca. 1,25 Milliarden Euro zu Lasten der BRDeutschland führte? Warum weist er nicht auf die skandalös niedrigen Steuerquoten der DAX-30 -Unternehmen etc. hin? Das Körperschaftsteueraufkommen der Kapitalgesellschaften beträgt seit Jahren lediglich knapp 3% des Gesamtsteueraufkommens. Ist das etwa eine Besteuerung der großbetrieblichen Einheiten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit? Durch „Lizenzgebühren“ und „Verrechnungspreise“ können große Kapitalgesellschaften Gewinne in Niedrigsteuerländern anfallen lassen! „Null-Toleranz“ bitte auch bei der Behandlung der Großkonzern!

Warum sollen „ernsthafte Entlastungen“ nicht schon jetzt erfolgen? Ein Vorschlag: Als Sofort-Maßnahme kürzt die SPD-geführte Bundesregierung jährlich den Umsatzsteuersatz von 19% in ein-Prozentschritten. Damit haben die Bezieher von Transferinkommen (das sind häufig Arme: Rentner und Hartz-IV-Bezieher etc.) eine erhöhte Kaufkraft. Die SPD macht damit gut, dass sie selbst im Rahmen der alten Großen Koalition die Mehrwertsteuer um 3% erhöhte, ob wohl sie die Pläne zur 2% MwSt.-Erhöhung der CDU im Wahlkampf als „Merkelsteuer“ geißelte. Die Mindereinnahmen gleicht die SPD zu Lasten des Rüstungsetats aus. Der Rückbau der Bundeswehr zu einer Armee lediglich zur Landesverteidigung würde das friedenspolitische Profil der SPD stärken und an die Friedenspolitik Willy Brandts anknüpfen, weil diese Maßnahme in „eine allgemeine und kontrollierte Ab-

rüstung“ (Godesberger Programm 1959) eingebettet ist.

Mit einem Rückbau der Umsatzsteuer als einer sozial besonders ungerechten (indirekten) Steuer markiert die SPD die Abkehr der von ihr selbst betriebenen neoliberalen Politik. Sie knüpft hierbei an klassisch sozialdemokratische Parteiprogramme an: „Abschaffung aller indirekten Steuern ...“ (Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869); eine „einzige progressive Einkommensteuer anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern ...“ (Gothaer Programm 1875); „... Abschaffung aller indirekten Steuern ...“ (Erfurter Programm 1891); „Beseitigung der Umsatzsteuer ...“ (Heidelberger Programm 1925)! Damit verneigt sich die SPD auch vor denen, die für sozialdemokratische Politik ins Zuchthaus kamen, verfolgt und ermordet wurden und größte Opfer brachten.

Gleichzeitig wird die Besteuerung der Kapitaleinkünfte mit einem 25%-Satz sofort abgeschafft und wieder der Steuerprogression unterworfen. Steuermittel werden durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer für die Bundesländer mobilisiert. Für Steuerhinterzieher wird das Steuergeheimnis ab einer Hinterziehungssumme von 30.000 € beseitigt. Die Großbanken und Großkonzerne werden zur Publizität ihrer jährlichen Steuerzahlungen an die bundesdeutschen Gebietskörperschaften verpflichtet. Bei den Frankfurter Finanzämtern wird die Bankengroßbetriebsprüfungsgruppe wieder eingerichtet. Die verschärfte Steuer-Prüfung (in Kooperation mit der Bankenaufsicht) ist notwendig, weil die Banken „systemisch“ relevant sind und große Schäden in der Volkswirtschaft verursacht haben. Durch ein Gesetz zur Sicherung und Erhöhung des Körperschaftsteueraufkommens wird diese zu einer Steuer ausgebaut, die mindestens 10% des Gesamtsteueraufkommens ausmacht. Insbesondere die Großbanken und Großkonzerne müssen zu einer Besteuerung, die ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen, verpflichtet werden! - Das wäre ein ambitioniertes SPD-Programm für mehr Steuergerechtigkeit!“

Thomas Ewald-Wehner / Oktober 2013



Unsere Jahreskonferenz 2013

Wie schon seit vielen Jahren, fand auch heuer wieder unsere Jahreskonferenz Ende Oktober in Nürnberg statt.

Die Beteiligung war etwas geringer als sonst, da einige aus dem Kern und engeren Gruppenumfeld aus persönlichen Gründen nicht teilnehmen konnten.

Wie schon in den Vorjahren, nahmen auch heuer wieder eine Genossin und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik an der Konferenz teil; ebenso wie ein Genosse der Gruppe International Dorfen, ein Freund der Gruppe aus Bremen und, wie seit vielen Jahren, unsere befreundeten Genossen aus Österreich und aus Großbritannien.

Der Bericht zur Gruppenarbeit war diesmal sehr knapp gehalten. Die Lage und die bestehenden Probleme haben sich ja auch nicht grundsätzlich geändert.

Erfreulicherweise (und unerwarteterweise) entspann sich aber eine rege Diskussion vor allem zur Zeitungserstellung. Sie umfasste viele Gesichtspunkte und war sehr ausführlich. Gewisse Dinge sind kaum (z. B. der kleine Kreis von Artikelverfassern) oder nicht (die quartalsweise Herausgabe) zu ändern. Es wurde aber ausgiebig über die Möglichkeiten einer längerfristigen Planung diskutiert, auch fassten wir ins Auge, im nächsten Jahr uns bestimmte Themen zu erarbeiten u. a. mit dem Ziel, dass daraus Artikel für die Zeitung entstehen. Wie es aussieht, scheinen sich diese Planungen ganz gut anzulassen. Auch die Möglichkeit, an Fremdautoren heranzutreten, wurde in Erwägung gezogen.

Die Zusammenarbeit mit der Gruppe International Dorfen verlief sehr erfreulich. Auch die Kontakte mit der Gruppe Arbeiterpolitik wurden stabilisiert.

In Zeiten relativer Ruhe in den (innenpolitischen) Klassenauseinandersetzungen ergibt sich Zeit, sich mit theoretischen Grundfragen auseinanderzusetzen. Schon öfter

hatten wir die Problematik der Entwicklung der Arbeiterklasse, ihrer Veränderung und ihrer Stellung als revolutionäres Subjekt diskutiert. Wir hatten deshalb Ekkehard Lieberam aus Leipzig eingeladen, der sich seit vielen Jahren sachkundig mit diesen Fragen befasst. Er hatte das Thema unter den Titel *Arbeiten-de Klasse / Klassen- Machtverhältnis / Klassenmobilisierung* gestellt.

Ausführlich wurden die angerissenen Problemstellungen diskutiert. Besonders die Begriffe Mittelklasse und Mittelschicht warfen Fragen auf. Auch wurde die Frage nach der praktischen Auswirkung oder einer Handlungsanleitung, die sich aus dem gehörten Referat ergäben, gestellt. Ebenso wurde festgestellt, eine Klassenanalyse nicht nur für Deutschland, sondern weltweit sei nötig.

Nach einer regen, aber wenig kontroversen Diskussion befassten wir uns mit den Ergebnissen der Bundestagswahl und der Lage danach.

Beide Referate sind in dieser Nummer abgedruckt.

Der Abend wurde in gemütlicher Atmosphäre zu regen Diskussionen genutzt, aber vor allem diente er der Geselligkeit und dem persönlichen Austausch.

Am nächsten Tag hörten wir ein Referat über die Türkei: was vom Juni-Aufstand übrigblieb. Es gab auch viele persönliche Eindrücke wieder. Die ausführliche Diskussion behandelte auch viele Einzelaspekte in diesem Land, das oft in der Diskussion ist und von dem man doch so wenig weiß.

Diese Referat wird in der nächsten Nummer abgedruckt.

Die Solidaritätssammlung ergab dieses Jahr 555,- Euro, das Geld wird einem Projekt in Griechenland zur Verfügung gestellt.

Die Tagung fand wieder in einer harmonischen Atmosphäre statt. Die Diskussionen wurden solidarisch und sachbezogen geführt.

Wir hoffen, im kommenden Jahr die uns gestellten Aufgaben bewältigen zu können.

Leonhard Kossuth: Der Hut flog mir vom Kopfe Majakowskis Zylinder?



Leonhard Kossuth, langjähriger Lektoratsleiter für Sowjetliteratur im Verlag Volk und Welt, inzwischen neunzigjährig, hat ein neues gewichtiges Buch vorgelegt, das geistig-kulturelle Vorgänge in der DDR anhand seines Schaffens und seiner Erfahrungen spiegelt. In forscherschem, übersetzendem, nachdichtendem und herausgebendem Bemühen um sein Lebensthema "Majakowskis Werk in Deutschland" Entstandenes hat der Vf. akribisch zusammengetragen. Als engagierter, kritischer Zeitgenosse geht er der Frage nach, warum er sich in unserer Zeit, da sowohl die von Majakowski "besungene" Sowjetunion als auch das von ihm erahnte bessere Deutschland von der historischen Bühne verbannt wurden, auf diese Weise an den "Dichter der Revolution" erinnert. Mit einem fiktiven Brief an Majakowski (Vonwort) benennt er die brennend aktuellen Fragen unserer Zeit, die ihn zutiefst berühren: Soziale Grausamkeiten, friedensgefährdende, ja kriegerische Machenschaften der politisch Herrschenden, wirtschaftliche Demontage und Fehlentwicklung im Osten Deutschlands nach der sog. Wende, Existenzgefährdung, Entwürdigung von Lebensleistungen der Menschen, menschliche Kälte, widerfahrenes

eigenes Unrecht... Als Kenner des Majakowskischen Werkes stellt der Vf. immer wieder Bezüge dazu her: zum scharfem Blick des Dichters für die Gebrechen der kapitalistischen Ordnung, seinem historischen Optimismus angesichts der revolutionären Umbrüche in Rußland seit 1917... Vor allem Majakowskis Streiten für eine menschliche Gesellschaft veranlassen K., auf die Aktualität von dessen Werk zu verweisen, das "in seiner ganzen Entwicklung zu einem poetischen Brennspeigel epochaler Umwälzungen" wurde. Keineswegs also eine nostalgische Sache für den Vf., Majakowski ist für ihn nicht zum "mittelalterlichen Relikt" geworden.

Im ersten Teil des Buches veröffentlicht K. den Text seiner 1957 abgebrochenen Dissertation zum o. g.

Thema (sie blieb unvollendet, weil seine Frau verhaftet wurde, und er künftighin vor allem Briefe schrieb...). Nachfolgend die wissenschaftlichen Recherchen für die geplante Promotionschrift: Befragungskorrespondenz mit Schriftstellern wie u.a. Joh. R. Becher, St. Hermlin, F. C. Weißkopf, die bekanntesten Majakowski-Übersetzer Hugo Huppert und Franz Leschnitzer, die Wesentliches für die deutsche Majakowski-Rezeption leisteten. Sechs eigene Majakowski-Nachdichtungen, entstanden bzw. veröffentlicht von 1953 bis in unsere Zeit, zeugen von der frühzeitigen und bleibenden schöpferischen Affinität des Vf. für den Dichter. Das belegen überzeugend auch die von ihm verfaßten und hier nachgedruckten Vorworte für die 5-bändige Majakowski-Ausgabe des

Verlags Volk und Welt (1966 - 1973). Ebenfalls aus der Werkausgabe nachgedruckt werden die Bibliographien deutscher Majakowski-Nachdichtungen und deutschsprachiger Veröffentlichungen über den Dichter (von 1919 bis 1971 über 1000 Titel). Abschließend folgt eine bibliographische Aufstellung aller eigenen Arbeiten des Vf. (bis 2012 über 300 Positionen). Mehr als ein profundes Nachschlagewerk also, wertvoll und unverzichtbar für die neuerliche Hinwendung zum „Dichter der Revolution“.

Sonja Striegnitz

Majakowski in Deutschland - Essays - Historische Korrespondenz - Bibliographien - Nachdichtungen im Vergleich.
NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide. Berlin 2013. 664 S.

„Lob des Kommunismus“ – Wolfgang Beutin, Hermann Klenner, Eckart Spoo (Hrg.)

Die „Platons“ lassen grüßen...

Buchtipp von Harry Popow

Kommunismus? Man denke noch an Gesine Löttsch, die es gewagt hatte, laut zu denken und nach Wegen zum Kommunismus zu fragen. Und nun ist ein neuer Störenfried auf dem Markt. *Lob des Kommunismus. Alte und neue Weckrufe für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen*, herausgegeben von Wolfgang Beutin, Hermann Klenner und Eckart Spoo. Dass dabei die Kapitalelite Wutausbrüche bekommt, da gegen vernünftige Argumente nicht anzukommen ist, wenn man vom hochgeputzten Vorwurf mancher Fehlentwicklungen mal absieht und die eigene Blutspur verwischen will – das ist ja nicht anders zu erwarten. Doch auch unter Linken gab es Irritationen.

Wer der Suche nach Alternativen von vornherein ein im Interesse weiterer Ausbeutung und des gierigen Profitstrebens eine Absage erteilt, der macht sich mitschuldig am Abgleiten der Menschheit in ein Nichts. Nicht zu Unrecht fragte Dietrich Eichholtz in der *jungen welt* vom 02.08.2013 (siehe „Neuordnung der Welt, Sieg ohne

Frieden, Teil II und Schluss): „...Steht uns eine Welt ohne Sozialismus bevor – eine ausgelieferte Welt, die den Kalten Krieg für die ihr gemäße Existenzform hält und die drängenden Menschheitsprobleme (Klimakatastrophe, Umwelt- und Energiekatastrophe, Armut, Hunger und Seuchen) zu bewältigen nicht in der Lage ist?“ Und Hans Modrow, in der *jungen welt* vom 27./28. Juli 2013 nach der Perspektive der EU befragt, sagt: „Die EU soll Militärmacht sein und der Antikommunismus die Weltanschauung, die man verbreitet. Das ist keine Perspektive im Interesse der Menschen.“ Der soziale Zerfall sei somit vorprogrammiert.

Eine zukunftssträchtige Gesellschaft? Tausendmal ja! Gäbe es auch nur einen einzigen Hoffnungsschimmer, die Kluft zwischen Arm und Reich aus der Welt zu schaffen, gäbe es die endgültige Chance, jegliche kleineren und größeren Kriege von vornherein nicht zuzulassen, gäbe es die Möglichkeit, dem Terror, der Gewalt, der Korruption, dem Fremdenhass den Nährboden für immer

zu entziehen – niemand hätte (außer den Profitjägern) etwas dagegen, nach echten gesellschaftlichen Alternativen zu suchen.

Warum? Weil eine auf Volkseigentum begründete Ordnung – anders strukturiert als das unter dem massiven ökonomischen und ideellen Druck (sprich Klassenkampf) des Großkapitals untergegangene System des Sozialismus in den Ostblockländern – korrigierbar ist, korrigierbarer als die Versuche, das Heutige mit Rettungsschirmen, Trostpflasterchen und etwaigen Reparaturen über Wasser zu halten. Das Kapital wütet in der Krise und weist alle geistigen Strömungen zu einer veränderten Welt verständlicherweise mit aller Macht zurück.

Auf 200 Seiten lassen die Herausgeber 104 Philosophen, Theologen, Dichter, Publizisten, Theoretiker, Historiker – keinesfalls alles Kommunisten – sowie Politiker der Arbeiterbewegung der vergangenen Jahrhunderte zu Wort kommen, die den humanen Gedanken des menschlichen Miteinanders zu einem der erstrebenswertes-

ten Ziele menschlichen Tuns auf dieser einzigartigen Erde erklärt haben. Sie provozieren die Mächtigen, sie versuchen, das mitunter schläfrige Dasein mancher satter Bürger zu wecken, sie erinnern an die kulturellen Traditionen in der Welt, an die großen Denker. Es sind Texte, die durchaus als geistige Angriffe auf die heutige Diktatur des Geldes und der Inhumanität, als eine Bedrohung für die Welt-Drahtzieher des Kapitals zu verstehen sind. So stellt Hermann Klenner im Geleitwort folgendes fest: Der Gedanke des Kommunismus löse bei „fanatisierten Antikommunisten ein ihrem limitierten Horizont gemäßes Echo aus. Dass der Kommunismus tabu sei, darf gedacht werden, dass er aber vernünftig sein könnte, „darf niemand denken oder gar aussprechen. (...) Und „wer gegen dieses Tabu verstößt, hat mit heftigen öffentlichen Angriffen und Distanzierungen zu rechnen“. (S. 5)

Mit keinerlei „Berufsverbot“ mehr haben dagegen die großen Denker seit der Antike zu rechnen. So meint Platon (347 v.u.Z.) zu dem grundlegenden Problem von Arm und Reich: „In einem Gemeinwesen, in dem Reichtum und Armut fremd sind, wird auch die beste Gesittung zu finden sein, denn weder Frevelmut noch Ungerechtigkeit kommen da auf.“ (S. 7) Thomas Morus (1478 – 1535) ergänzt: „Überall dort, wo es Privateigentum gibt und als Maßstab für alles nur das Geld gilt, gibt es keine Gerechtigkeit...“ (S. 20) Auf Ursachen des Zwiespalts zwischen oben und unten geht Thomas Müntzer ein: „Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufstands wollen sie nicht beseitigen. Wie kann es dann auf die Dauer gut werden?“ Heinrich Heine fasst Müntzers Denken so zusammen: „Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk.“ (S. 23) Nebenbei sei hinzugefügt, dass nach Marx unter Privateigentum jenes zu verstehen ist, dass über Produktionsmittel verfügt.

Auf den Individualismus, auf den sich die bürgerliche Ideologie als Frontstellung gegen den Kollektivismus so gerne bezieht, geht u.a. Oscar Wilde (1854 – 1900) ein und schreibt den folgenden schönen Satz: „Die wahre Vollkommenheit des Menschen liegt nicht in dem, was er hat, sondern in dem, was er ist.“ Das Privateigentum vernichte den wahren

Individualismus. „Die Persönlichkeit des Menschen ist so völlig von seinem Besitz aufgesogen worden, daß das englische Gesetz stets einen Angriff gegen das Eigentum eines Menschen weit strenger geahndet hat als einen Angriff gegen seine Person.“ (S. 106)

Ob Denkangebote von Jean-Jacques Rousseau, Gotthold Ephraim Lessing, Maximilien de Robespierre, Friedrich Hölderlin, Johann Gottfried Seume, Heinrich Heine, Ludwig Börne, Wilhelm Weitling, Karl Marx, Friedrich Engels, Bettina von Arnim, Ferdinand Lassalle, Alexander Iwanowitsch Herzen, August Bebel, Oscar Wilde, Franz Mehring, Wilhelm und Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Martin Andersen Nexö, Alexandra Kollontai, Henri Barbusse, Wladimir Iljitsch Lenin, Kurt Tucholsky, Antonio Gramsci, Hermann Hesse, Bertold Brecht, Sigmund Freud, Dschawaharlal Nehru, Thomas und Heinrich Mann, Albert Einstein oder Manfred Wekwerth, um nur eine winzige Auswahl der in diesem Buch zitierten Größen zu nennen – sie sind Perlen in der Literatur, Kunst und Politik. Sie reißen den Kapitalmächtigen die Masken vom Gesicht, sie deuten Lösungswege aus dem Dilemma der Unterdrückungsmaschinerie an, sie schüren das Feuer der Hoffnung auf eine menschenwürdige Welt.

Bei aller Bejahung der fortwährenden Entwicklung hin zum Sozialismus/Kommunismus erinnert der Schweizer Kunsthistoriker, Philosoph und Theologe Konrad Farner (1903-1974) an das „zuschanden“ gewordene Bild des Kommunismus durch theoretische Verkrustungen und Verflachungen, durch Ausartungen und Willkür und er fragt, ob „sich Weg und Ziel grundsätzlich noch auf derselben Ebene“ befunden hätten. Er sagt voraus, dass dieser Kommunismus „nur durch intensive Arbeit zahlreicher Generationen unter vielen Rückschlägen und nicht ohne falsche Experimente erreicht werden kann“... (S. 175)

Eckart Spoo, einer der drei Herausgeber dieser anspruchsvollen kulturellen Leistung, polemisiert in seinen Nachbemerkingen gegen die weltweite Meinung, der Sozialismus sei „out“. „Der übermächtige Kapitalismus, der mit Boykott, Wettrüsten und anderen unfriedlichen Methoden seit Jahrzehnten daran mitgewirkt hatte, diese Staaten zu destabilisieren, schien

nun endgültig über die ganze Erde zu herrschen.“ (S. 191) Mahnend schreibt er auf Seite 195: „In der Auseinandersetzung zwischen Menschenrecht und Kapitalmacht (...) wird es immer auf Menschen ankommen, die sich nicht einschüchtern lassen... (...) Ihnen sollte das Buch helfen zu wissen, „dass viele berühmte Dichter und Denker auf ihrer Seite stehen“. (S. 195) Das Buch verstehe sich nicht als Beitrag irgendeiner Partei. Einige Autoren lebten lange vor der Gründung politischer Parteien, so Spoo. Er zitiert abschließend Pablo Picasso, der 1956 erklärte, „dass ich zum Kommunismus gekommen bin wie zu einer Quelle und dass mein ganzes Schaffen mich dahin geführt hat“.

Aktuell passt besonders folgender Ausspruch von Lenin in die heutige Zeit: „Die Menschen waren in der Politik immer die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen und politischen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu finden.“ (S. 124)

Wem sollte man diese lobenswerte Fundgrube streitbarer gedanklicher Vorlagen als Alternativen zum Imperialismus – die in einem zweiten Buch mit Autoren wie zum Beispiel Pablo Neruda, Lion Feuchtwanger oder Maxim Gorki, um nur einige wenige zu nennen, seine Fortsetzung finden soll – empfehlen? Den Widersachern des Humanismus etwa? Den Fanatikern des Ewiggestrigen? Den eigentlichen Bremsern jeglichen Menschheitsfortschritts? Möge diese Anthologie allerdings jenen in die Hände kommen und mit Vergnügen von ihnen gelesen werden, die sich von der rückständigen und armseligen Verteufelung des „Unwortes“ Kommunismus nicht berirren, nicht geistig knebeln lassen, die dem menschlichen Miteinander endlich eine Chance geben wollen. Die „Platons“ lassen grüßen...

Wolfgang Beutin, Hermann Klenner, Eckart Spoo (Hg.): *„Lob des Kommunismus. Alte und neue Weckrufe für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen“*, Taschenbuch: 200 Seiten, Verlag: Ossietzky; Auflage: 1 (März 2013), Sprache: Deutsch, ISBN-10: 3944545028, ISBN-13: 978-3-944545-02-8, mit Zeichnungen von Thomas J. Richter, Preis: 20.00 Euro.

ROTE HILFE e.V.

Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.



ROTE HILFE e.V., Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de, www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.
Konto-Nr.: 56036239
BLZ: 260 500 01, Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e. V. – Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

DIE ROTE HILFE–Redaktion
Postfach 3255, 37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de



**Auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

ABONNIEREN SIE JETZT!



STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

C O U P O N

Ich/wir abonniere/n für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur Abonnent:innen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

Kontonr. _____

BLZ _____

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsoption“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben
von der *Gruppe Arbeiterstimme*

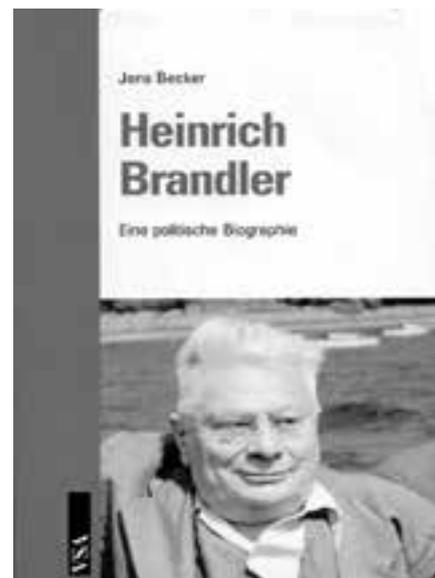
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

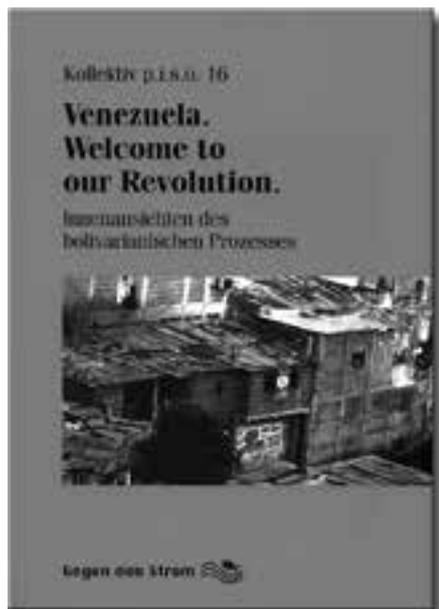
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
ISBN 3-9809970-1-4
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse: T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org